

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstr. 4/6, durch die Ausgabestellen der „Volksrecht“, Neuz Gropenstraße Nr. 5 und Neuz Gropenstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeheiß Reichelt, Zeltwegstr. 140, sowie durch alle Auszubeholder zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 6 Pf. Rmt. monatlich 1,85 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 1,70 Rmt. Durch die Post einzuf. Inverordnungsgebühren 2,00 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3242  
Postfach-Konto: Postfach-Rmt Breslau Nr. 3852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Beschlüsse- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen die vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Das verbesserte Polizeibeamtengesetz.

## Berufsschuldebatte und Stahlhelmecho im Landtag.

In der fortgesetzten Beratung des Etats für Handel und Gewerbe erhält zum Kapitel Gewerbliches Unterrichtswesen das Wort

Abg. Thiele-Waldenburg (Soz.):

Seit einem Jahre ist der Abbau des Berufsschulwesens erfreulicherweise aufgehalten worden. Durch den Antrag des Ausschusses, den Staatszuschuß pro Kopf des Berufsschülers von 8 auf 20 Mk. zu erhöhen, wird den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, das Berufsschulwesen weiter auszubauen. Umso mehr bedauern wir den Einspruch des Staatsrates, der den Gewerbeschullehrern die Aufstiegsmöglichkeit wieder nehmen will und hofft, daß der Landtag an seinem Standpunkt festhält. Leider hat die Reichsregierung sich ihrer Pflicht zur alleinigen Aufrechterhaltung des Berufsschulwesens bisher entzogen. Die von ihr dafür aufgewendeten Mittel sind sehr gering. Nichts ist für die Zukunft der deutschen Wirtschaft so wichtig als die Heranziehung eines durchgebildeten Nachwuchses. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir vermüssen insbesondere noch immer die obligatorische Durchführung der Berufsschulen. Solange allerdings die Regierungsparteien im Reiche nicht nach dieser Richtung wirken, wird die obligatorische Berufsschule für Preußen nur ein frommer Wunsch bleiben. Dabei kann in einer Zeit der technischen Umwälzung, der spezialisierten Arbeitsmethoden, die beste Ausbildung der Jugend nur im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen. Dazu ist vor allem notwendig, bessere Existenzbedingungen und höhere Löhne für die Arbeiterklasse und Jugend zu schaffen. Wir verfolgen mit besonderer Sorge, wie Hunderttausende von Jugendlichen beiderlei Geschlechts arbeitslos auf der Straße liegen. Die diese Erwerbslosigkeit auf die Schulbank zum Teil erst schuldenlasten wirkt, ist nicht auszubedenken. Der Staat hat die Verpflichtung, diese jungen Leute vor der moralischen Verfallstrahlung zu schützen, indem er sie zusammenfaßt und in dazu errichteten Werkstätten nach Neigung und Veranlagung beschäftigt. Hier sind verschiedene Gemeinden bereits mit gutem Beispiel vorgegangen. Wir verlangen, daß die gesamte erwerbslose Jugend den Berufsschulen zugeführt wird, um sie wenigstens einige Stunden in der Woche für das Leben vorzubilden. Die Einrichtung von Lehrwerkstätten ist anzustreben.

Die weibliche Jugend besucht leider nur in ganz geringem Maße die Berufsschulen. Die Ursache, daß das Weib andere Aufgaben hat, ist in dieser Zeit der Anspannung auch der weiblichen Arbeitskräfte nicht aufrecht zu erhalten. — Mit aller Entschiedenheit werden wir die Einführung des Religionsunterrichtes als ardentliches Lehrfach bekämpfen, da die Zahl der Pflichtenstunden in den Berufsschulen bereits außerordentlich knapp ist. Der Redner schließt unter dem Beifall der Sozialdemokraten mit einem Dank an die Berufsschullehrerschaft, die in ihrem Bestreben, die Jugend zu tüchtigen Staatsbürgern heranzubilden, außerordentlich geleistet hat.

Abg. Dr. Doleisch (Dnat.) lehnt sich ebenfalls für den obligatorischen Berufsschulunterricht ein, der dem Handelsministerium unterstellt bleiben müsse. Ueber die Einführung des Religionsunterrichtes in den Berufsschulen müsse der Minister bald eine Entscheidung treffen.

Abg. Frau Dr. Bauer (Ztr.) bemängelt, daß für die Ausbildung der Gewerbelehrer nicht genügend getan worden sei. Der Religionsunterricht müsse im Interesse der Religionslehrer als gleichberechtigtes Lehrfach in den Berufsschulen eingeführt werden.

Abg. Heidenreich (D. Vpt.) will nicht hinter den Religionsunterricht Zwang oder Polizeibüffel stellen. In den Berufsschulen fehle vielfach die Zeit dafür. Vielleicht könne auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung „religiöse Lebensstunden“ im Rahmen der Staatsbürgerkunde gelehrt werden. Die Minderung der Zuschüsse für Berufsschulen sei zu bedauern.

Abg. Werten (Dem.): Die Deutschnationalen, die noch 1923 die Berufsschulpflicht erbittert bekämpften, haben sich jetzt erfreulicherweise für sie erklärt. Der Redner fordert schließlich ein Reichsberufsausbildungs- und Schulgesetz.

Ministerialdirektor v. Seefeld begrüßt die Anregungen aus dem Hause und hofft, daß das lebhafteste Interesse für das gewerbliche Unterrichtswesen in entsprechender Bewilligungsfreudigkeit zum Ausdruck kommt.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Collofer (Wirtsch.), Mank-Gleiwitz (Ztr.) und Lange-Dittersbach (Ztr.) schließt die Aussprache über das gewerbliche Schulwesen.

In der nun folgenden Einzelberatung legt sich

Abg. Frau Hanna (Soz.) für die Vorklärung sowohl der weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht als auch für die aus der Arbeiterklasse herauszugehenden Hilfskräfte ein. Sie führt Einzelfälle an, in denen Gewerbeaufsichtsbeamte außerordentlich dringende Dienstreisen zur Kontrolle besonders gefährdeter Betriebe nicht ausführen konnten, weil kein Reisegeld vorhanden war. Briefe hätten nicht beantwortet werden können, weil sogar das Porto fehlte.

Ein Regierungsvortrag bestätigt die Angaben der Frau Hanna, das Unterlassen wichtiger Kontrollreisen sei eine bedauerliche Folge der Sparmaßnahmen des Landtages.

Eine Reihe von Einzelwünschen wird noch von den Abgg. Harkleis (Soz.) und Krich-Diegnitz (Soz.) vorgetragen.

Abg. Hans (Soz.) fordert die Verbesserung des Flugunterrichtes im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Flugunterrichtes.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die erste Lesung des Polizeibeamtengesetzes. Zur Begründung nimmt das Wort

Innenminister Grzesinski:

Die Ereignisse des Stahlhelmtages haben mir Recht gegeben, daß ich ein Verbot dieser Demonstration abgelehnt habe. Leider hat zum Schutze der Demonstration die Polizei außerordentlich angestrengt werden müssen. Dies zeigt, daß der wahre Sinn für die freiheitlichen Bestimmungen der Verfassung weiten Kreisen der Bevölkerung noch fehlt. Die Berliner Polizei hat eine ungeheure organisatorische Aufgabe gelöst und es drängt mich, den Herren vom Kommando wie allen beteiligten Beamten meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. (Beifall.) Leider hat die Beamtenschaft in Berlin kaum noch einen freien Sonntag. Gefordert hat den Staat die Demonstration der Rechtsverbände gegen den Locarnovertrag am 15. November 1925 die Summe von 4100 Mark, der Rote Frontkampferitag Pfingsten 1926 rund 55 000 Mark und der jüngste Stahlhelmtag rund 100 000 Mark. Wiewohl besseres hätte der Staat mit diesem Geld schaffen können! Ob in Zukunft Demonstrationen gerade in Berlin in diesem Umfang zugelassen werden können, bedarf sorgfältiger Erwägung. Vielleicht verständigen sich die Parteien endlich gegenseitig, ihre Ansprüche nicht zu fördern, damit die Polizei sich ihren anderen wichtigen Aufgaben zuwenden kann. (Sehr gut! links und in der Mitte.)

Nun zum Polizeibeamtengesetz. Die Polizei ist das stärkste Machtinstrument des Staates. Auch das Wohl des Volkes hängt in weitem Umfange von der Arbeit der Polizei ab. Der vorliegende Entwurf zieht die rechte Mittellinie zwischen den Wünschen der Beamtenschaft und den Interessen des Staates. Bei der Aufstellung des Entwurfs sind wir durch außenpolitische Bindungen, durch den Stand des allgemeinen Beamtentums und durch die schwierige Lage der Staatsfinanzen, gehemmt worden. Trotzdem haben wir die zwei großen Grundgedanken durchgeführt: Schaffung der Einheitspolizei und lebenslängliche Anstellung. Der Polizeibeamte wird dem Dienstvertritte an unmitteibar Staatsbeamter und bleibt dauernd in das allgemeine Beamtentum und das Berufsbeamtentum eingefügt. Die Eigenart des Polizeidienstes verlangt für den Chef der Verwaltung weitergehende Entlassungsmöglichkeiten als im übrigen Dienst. Diese Bewegungsfreiheit kann sich der dem Parlament verantwortliche Minister unter keinen Umständen rauben lassen. Ueber jede Beschwerde wegen ungerechtfertigter Behandlung wird im Ministerium selbst auf sorgfältigste nachgeprüft werden. Geben Sie dem Gesetz eine Form, die dem Staat und dem Volksganzen von Nutzen ist. (Lebh. Beifall.)

Abg. Hörning (Soz.):

Dem Dank des Ministers an die Polizeibeamtenschaft und seinen Bemerkungen über die Demonstrationen im Allgemeinen schließt sich die Sozialdemokratische Fraktion an. Zum Polizeibeamtengesetz habe ich folgende Erklärung abzugeben: „Die lebenslängliche Anstellung der Polizeibeamten erscheint uns als ein bedeutungsvoller Fortschritt. Wir werden versuchen, das Prinzip restlos durchzuführen und alle Ausnahme-Bestimmungen zu beseitigen. (Bravo! bei den Soz.) Mit der vorgezogenen Pensionsgrenze von 60 Jahren sind wir einverstanden, wenn der Polizeibeamtenschaft dafür ein materieller Ausgleich geboten wird. Das Eheverbot wird bei der Eigenart des Berufsdienstes nicht völlig zu beseitigen sein, aber wir möchten es auf die ersten sechs Dienstjahre beschränken. Die Sicherungen wegen ungerechtfertigter Entlassung müssen verstärkt werden, insbesondere verlangen wir vor jeder Entlassung die Anhörung der Beamtenvertretung. Der Staat braucht eine hochstehende, leistungsfähige und republikanisch zuverlässige Schuttpolizei. Wir werden deshalb beantragen, daß alle Angehörigen der Schuttpolizei entlassen werden müssen, die sich gegen die Republik verhalten oder Untergebene mit Mißtrauen behandeln. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wir bedauern, daß der Entwurf in der Öffentlichkeit eine weit über das berechtigte Maß hinausgehende Kritik erfahren hat. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, ein Polizeibeamtengesetz zustande zu bringen, das die Beamten befriedigt und das vor allem die hohen Interessen des republikanischen Staates an seiner Schuttpolizeibeamtenschaft wahr. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Die Weiterberatung wird auf die Abend Sitzung vertagt.

In der Nachsitzung des Preussischen Landtages sprachen ausschließlich die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen. Die Vertreter der Oppositionsparteien äußerten sich kritisch, Zentrum und Demokraten im wesentlichen zustimmend. Gegenüber verschiedenen Diskussionsrebern gab

Innenminister Grzesinski die Erklärung ab, das preussische Staatsministerium wünsche die Beamten-Besoldungsreform so rasch wie möglich durchzuführen.

Um 10 1/2 Uhr kam es zu einer Kampfsitzung. Die Regierungsparteien wollten die Vorlage dem Hauptauschuß überweisen, die Oppositionsparteien dem Beamten-Auschuß. Obwohl die Demokraten sich mit den Vertretern der Opposition für den Beamtenauschuß erklärten, wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie beschlossen, den Gesetzentwurf seiner politischen und seiner finanziellen Tragweite wegen dem Hauptauschuß zu überweisen.

## Mündlicher Protest des polnischen Gesandten gegen die Hergt-Rede.

Beilegung durch eine Erklärung?

Das Reichskabinett befaßte sich am Mittwoch unter anderem mit dem deutsch-polnischen Verhältnis. Anlaß hierzu gab eine Unterredung, um die der polnische Gesandte in Berlin schon vor einigen Tagen nachgesucht hatte und die am Mittwoch vormittag stattfand. In dieser Unterredung wurden unter anderem auch Vorstellungen wegen der Rede Hergts in Bruch erhoben. Es ist, nach der „Polnischen Zeitung“, anzunehmen, daß morgen ein gemeinsam vom Reichsaußenminister und dem polnischen Gesandten in Berlin redigiertes Communiqué erscheinen wird, mit dem der Zwischenfall als beigelegt bekräftigt werden soll.

## Beseitigung des „Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik“?

In der heutigen Ausgabe der volksparteilichen „Täglichen Rundschau“ wird den Verhandlungen über das Republiksschutzgesetz ein Leitartikel gewidmet. In ihm heißt es unter anderem: „Man wird der Sache selbst den besten Dienst erweisen, wenn man die Befugnisse des bisherigen Staatsgerichtshofes einem Senate des Reichsgerichts überträgt, der für eine unparteiische Rechtsprechung die beste Gewähr bietet. Dieser Ansicht sind die Juristen aller bürgerlichen Parteien, die des Zentrums nicht ausgeschlossen, und wenn das Zentrum in seiner Fraktionshaltung sich auch einmütig für eine Verlängerung des Republiksschutzgesetzes ausgesprochen hat, so kann man nach den bisherigen Besprechungen doch wohl damit rechnen, daß auch von dieser Seite einer Beseitigung des Staatsgerichtshofes keine Schwierigkeiten gemacht werden. Im übrigen wird man wohl die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes verlängern.“

In der heutigen „Germania“ wird ein im Reichstag umlaufendes Gerücht verzeichnet, nach dem die Deutschnationalen auf einen Wink von Doorn warten, der ihnen die Zustimmung zu § 23 des Republiksschutzgesetzes (Aufenthaltsverbot für ehemalige Monarchen) erleichtern soll.

## Die Richtlinien der 3. Internationale für China.

Moskau, 10. Mai. (Drahtbericht.) Ueber die „taktische Linie“ der Kommunistischen Internationale in China veröffentlicht die „Pravda“ eine längere Abhandlung, in welcher ausgeführt wird: die chinesische revolutionäre Bewegung richtet sich nicht nur gegen den Imperialismus auswärtiger Mächte, sondern gleichzeitig gegen die inneren Schichten des chinesischen Volkes, die als Ausbeuter des Proletariats und der Bauernschaft anzusehen sind und hiebewußt oder auch unabsichtlich den ausländischen Mächten in die Hände arbeiten. In dieser Verquickung des Kampfes gegen zwei Gegner liegt die Eigentümlichkeit der chinesischen Revolution. Die Führerschaft des Proletariats ist zwar das letzte anzustrebende Ziel, in den Anfangsstadien aber müsse man auch die Mitarbeit der bürgerlich-demokratischen chinesischen Revolutionäre ausnutzen. Als taktisch falsch und geradegu unfähig seien daher alle Redereien zu bezeichnen, die schon von Anfang an die Anwendung letzter Kampfmethoden fordern, die erst später nach Ueberwindung des bürgerlich-demokratischen Stadiums der Revolution verwendet werden können. Der ganze Artikel richtet sich offensichtlich gegen die Moskauer Opposition, deren Führer (Kabel u. a.) gerade gegen die Zusammenarbeit mit den „bürgerlich-demokratischen“ chinesischen Gruppen agitieren und die hier geschilderte „stadiumweise“ Entwicklung der chinesischen Revolution auf Grund ihrer Rückschlüsse kritisieren.

London, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch aus China eingelaufenen Nachrichten bestätigen, daß sich General Fens, der gegenwärtig im Dienst der Sanktauregierung steht, im Vormarsch in die Provinz Honan befindet.

Falls sich diese Meldung bewahrheiten sollte, besteht für Tchangjain die ernste Gefahr, daß Fens ihn in die Finne gerät. Tchangjain ist bekanntlich im Vormarsch auf Hankau begriffen.

Andererseits liegen Nachrichten des Inhalts vor, daß Tchangjain, dessen Arme im Yangtse oberhalb, die bisher im Besitz der Sanktauregierung befindlichen Städte Kiu-Kiang und Anking (nicht Nanking) eingenommen hat. Offiziell wird aus Sankhai gemeldet, daß die Verhältnisse dort wieder „normal“ sind. Das Gerücht, daß nach Eintritt der Dunkelheit in den Straßen aufzuhalten, ist wieder aufgehoben worden.

Eröffnung der Frankfurter Pädagogischen Akademie. Der Reichsminister sprach bei Eröffnung der neuen Pädagogischen Akademie Frankfurt a. M. über die Aufgaben dieser Akademie, die sich dem Geiste einer neuen Zeit anpassen müsse. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die katholische Kirche sich dieser neuen nicht konfessionellen Akademie gegenüber abweisend verhalten habe, obwohl sie als Instrument der Reformbildung im Kampf gegen die Bildungsaufgaben der Schule und Lehrerbildung Aufgaben der Schule zu sein und diesen müßten. Er forderte ein alle Teile betriebsfähiger Schulgesetz, das möglich ist, wenn jeder Teil daran, vertritt, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen.

# Machterweiterung des Völkerbundes?

Zum Problem eines Weltwirtschaftsamtes.

Von Dr. Hans Wehberg.

Der angelehnte bürgerlich-sozialistische Völkerrechtler unterzieht hier aus der Grundidee des Völkerbundes heraus den Vorschlag der sozialistischen Delegierten auf der Weltwirtschaftskonferenz, der von bürgerlicher Seite bisher nur die Unterstützung vereinzelter fortgeschrittener Unternehmervertreter, aber noch keines einzigen Regierungsvollziehers erhielt. Die Stellungnahme der bürgerlichen Regierungsvollzieher ist allerdings von ihrem Standpunkt aus verständlich. Die Errichtung eines internationalen Wirtschaftsamtes, ohne die nach dem bemerkenswerten Urteil Dr. Wehbergs die Wirtschaftskonferenz praktisch ebenso ergebnislos bliebe wie die Abrüstungskonferenz, würde einem von Arbeitstragern beeinflussten Völkerbunde das Instrument zur Schaffung einer internationalen Planwirtschaft in die Hand geben, die letzten Endes nur unter Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz, also unter Verwirklichung des Sozialismus möglich ist.

Der von Jouhaux (und allen sozialistischen Delegierten in Genf! Red.) und von Loucheur und anderen gemachte Vorschlag der Schaffung eines Weltwirtschaftsamtes hat auf der Genfer Konferenz bereits Widerspruch hervorgerufen, und doch hängt voraussichtlich von der Verwirklichung dieses Planes der Erfolg oder Misserfolg der Weltwirtschaftskonferenz ab. Letztere mag noch so interessante Ergebnisse erzielen. Wenn es ihr nicht gelingt, eine Zentralstelle ins Leben zu rufen, die planmäßig und auf weite Sicht die gesamten Probleme der Weltwirtschaft bearbeitet, dann wird sie keinen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit bedeuten.

Es ist ganz natürlich, daß einzelnen Interessenten der privaten Wirtschaft sowie manche Regierungen diesem Plane nicht ohne weiteres geneigt sind, der eine voraussichtliche Beeinflussung des internationalen Wirtschaftslebens von Seiten des Völkerbundes mit dem Ziele späterer Kontrolle in die Wege leiten und allmählich die staatliche Überwachung der Wirtschaft durch eine internationale Aufsicht ersetzen will.

Man hat bei Gründung des Völkerbundes für die Fragen des internationalen Arbeitsrechts und der Arbeiterfürsorge ein besonderes Arbeitsamt als Teil des Genfer Völkerbundes ins Leben gerufen, das in hervorragender Weise tätig ist und dessen Nutzen heute nicht mehr bestritten werden kann. Die Anordnung der Errichtung des Arbeitsamtes im Friedensvertrage hat den Vorteil, daß die Schaffung dieses Arbeitsamtes gewissermaßen automatisch mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages erfolgte und eine besondere Genehmigung der Mitglieder des Völkerbundes nicht mehr erforderlich war. Es ist zu bedauern, daß damals nicht gleich auch ein Weltwirtschaftsamtes errichtet worden ist.

Das Problem, ob die Macht des Völkerbundes über die besonderen Bestimmungen der Satzung hinaus erweitert werden soll, hat den Völkerbund schon lange beschäftigt. Wie schwierig ein Fortschritt auf diese Gebiete ist, ergibt sich besonders daraus, daß der Völkerbund bisher nicht einmal die Zuständigkeiten, die ihm in der Satzung angewiesen worden sind, ausübt. Es soll hier nicht die Rede davon sein, daß der Völkerbund in den großen Fragen der Politik und der Sicherung des Weltfriedens infolge seiner mangelnden Stärke bedauerlicherweise vielfach dazu verurteilt ist, die Hände in den Schoß zu legen, wie wir das bei der albanischen, ginesischen Frage um erlebt haben. Vielmehr ist es Zeit, daran zu erinnern, daß auch die Bemühungen, ein Verwaltungsrecht des Völkerbundes auf Grund des Artikels 24 der Satzung zu schaffen, bisher keinen Erfolg gehabt haben.

Artikel 24 der Satzung wollte nämlich den Arbeitsbereich des Völkerbundes dadurch erweitern, daß er die durch internationale Verträge geschaffenen Ämter, wie z. B. den Weltpostverein, den Welttelegraphenverein usw., dem Bunde unterordnete. Naturgemäß konnte dies nur unter der Voraussetzung der Zustimmung derjenigen Mächte, die die betreffenden Abkommen geschlossen hatten, geschehen. In der ersten Zeit seiner Tätigkeit hat sich der Völkerbund mit den Grundfragen, unter denen ihm internationale Büros und Ämter zu unterstellen seien, eingehend befaßt. In den letzten fünf Jahren aber hat man von der Ausführung dieses Artikels so gut wie nichts mehr gehört. Keines der

großen Büros, abgesehen etwa von der internationalen Luftschiffabstimmungskommission und dem internationalen Zentralbüro für die Kontrolle des Handels mit Spirituosen in Afrika, hat den Status des Völkerbundes erbeten. Fast alle großen Verwaltungsvereine des internationalen Staatslebens arbeiten daher nach wie vor ohne organische Verbindung mit einander. Die Mitglieder dieser Verbände mühten sich der Aufsicht des Völkerbundes so lange wie möglich entziehen.

Wenn man bedenkt, daß die Einreichung der großen Verbände in den Rahmen des Völkerbundes nicht erfolgt ist, obwohl sie die Satzung ausdrücklich vorseht, so kann man sich vorstellen, wie schwierig es sein wird, die internationale Organisation auf diesem Gebiete zu erweitern, auf dem der Völkerbund verfassungsmäßig noch keine ausdrückliche Zuständigkeit besitzt.

Die Hoffnung, daß die Arbeitgeber und die Regierungen sich deswegen mit einem Weltwirtschaftsamte mit geringfügigen Zuständigkeiten einverstanden erklären werden, weil sie nicht erkennen, wie sehr eine solche Behörde mit der Zeit an Bedeutung zunimmt, ist naturgemäß nicht berechtigt. Man kennt den Mechanismus des internationalen Zusammenlebens heute zu genau und weiß, daß trotz der Schwächen des Völkerbundes alle internationalen Organe die Neigung haben, immer größeren Einfluß zu gewinnen. Die Staaten gehen gerade deswegen von dem Grundsatz aus: „Principis obsta“ („Reiste von Anfang an Widerstand!“ Red.)

Das Problem ist auch in der kurzen bisherigen Geschichte des Völkerbundes schon zu oft aufgetaucht. Anfänglich der automatischen Sanktionen des Genfer Protokolls, der Frage der Kontrolle der Rüstungen, der Festsetzung der Rechte der Mandatskommission, der Internationalisierung der Ströme usw., sah man sich immer wieder vor die Frage gestellt, ob man die staatliche Zuständigkeit zugunsten des Völkerbundes beschränken sollte, und leider hat man sich in den meisten bisherigen Fällen stets gegen die Idee der Machterweiterung des Völkerbundes entschieden.

Auch jener britische Antrag auf der siebenten Völkerbundversammlung (1926), die Befugnisse des Völkerbundes genau abzugrenzen, war aus der Besorgnis darüber entstanden, daß sich der Völkerbund Rechte beilege, die ihm in der Satzung nicht übertragen sind. Glücklicherweise ist die Beratung über diesen britischen Antrag auf die nächste Herbsttagung des Völkerbundes verschoben worden und hat man bindende Beschlüsse in dieser Frage noch nicht gefaßt.

So werden es also die Befürworter eines internationalen Wirtschaftsamtes nicht leicht haben, den Plan in irgendeiner Form auf der Konferenz zur Annahme zu bringen, genauer ausgedrückt: den Staaten zur Genehmigung zu empfehlen. Nachdem aber die Abrüstungskonferenz die erhofften Ergebnisse nicht gehabt hat, sollte man nicht annehmen, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz in der entscheidenden Frage resultatlos verlaufen wird.

Deshalb darf man hoffen, daß in Genf von allen Seiten (?) Red.) die stärksten Bemühungen gemacht werden, um den Gedanken eines Weltwirtschaftsamtes in die Tat umzusetzen. Die öffentliche Meinung aller Länder sollte den Plan nach Möglichkeit unterstützen, damit das Zeitalter des Wirtschaftskrieges so schnell wie möglich von der neuen Ära einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgelöst werde.

## Die Kommissionsberatungen auf der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Während die Handelskommission der Wirtschaftskonferenz am Mittwoch nachmittag in ihrem Redaktionskomitee hinter verschlossenen Türen arbeitete, setzte die Industriekommission ihre Beratungen über die Rationalisierung fort. Ein Japaner, ein Pole und ein Vertreter Indiens sprachen sich ziemlich entschieden dafür aus, während der Engländer Balfour sich skeptisch äußerte. Frau Reichstagsabgeordnete Lüders verlangte, daß in Zukunft auf internationalen Wirtschaftskonferenzen neben den drei Gruppen Industrie, Handel und Landwirtschaft auch die Gruppe der Hauswirtschaft vertreten sei. Dann begründete sie eine Entschließung, daß in allen Ländern Ausschüsse von Frauen und Industriellen eingesetzt werden sollen zur Vorbereitung und Durchführung der Standardisierung und Typisierung der hauswirtschaftlichen Gegenstände.

Hierauf folgte eine längere Rede des Amerikaners A. O. Binson, der die verschiedenen im Laufe der Ausprache an statistischen Zahlen, deren Zuverlässigkeit jedoch nicht unbestritten erscheint, verjagte er den Nachweis zu führen, daß Amerika in den letzten Jahren auch aus den europäischen Ländern mehr verkauft habe als vor dem Kriege; allerdings sei die Vermehrung der Einkäufe Amerikas aus anderen Weltteilen noch bedeutend größer. Die amerikanische Einfuhr aus Ostasien stamme jedoch zum großen Teil von europäischen Produktions- und Handelsgesellschaften.

Nach Robinson sprachen der Schweizer Dr. Weber und der Tscheche Tayerle als Arbeitervertreter und der russische Delegationschef. Die ersten beiden unterzogen noch einmal die Ansprache der Arbeiterschaft aus der Rationalisierung: höhere Löhne, angepaßte Arbeitszeit, auskömmliche Arbeitslohnunterstützung, Verbilligung der Produktionspreise sowie eine Kontrolle der Durchführung der Rationalisierung durch die Gewerkschaften. Der Sowjetdelegierte bezeichnete diese Forderungen kurzgefaßt als selbstverständlich; ein prinzipieller Widerspruch bestche darin, daß Rationalisierung in der kapitalistischen und in der sozialistischen Wirtschaft zwei ganz verschiedene Dinge seien. Damit war die Aussprache über die Rationalisierung beendet. Das Redaktionskomitee der Kommission wird am Donnerstag eine Entscheidung abfassen, während sich die Kommission selbst der Ratung der internationalen Kartellabkommen zuwenden wird.

Der Redaktionsausschuß der Handelskommission, dem auch Genosse Eggert angehört, hat seine Entschließung über Dumping fertiggestellt. Sie lautet im wesentlichen: „Unter Dumping ist zu verstehen der Verkauf von Waren zu niedrigeren Preisen, als sie im Herstellungslande selber berechnet werden.“ Zur Verbilligung des Dumping wird die Schaffung stabiler Verhältnisse in Handel und Produktion und eine wesentliche Herabsetzung der Zölle empfohlen. In besonderen Fällen werden auch bestimmte Antidumping-Maßnahmen als gerechtfertigt erklärt.

## Der Kampf um das englische Scharfmachergesetz.

London, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Gesetzentwurf gegen die Gewerkschaften ist am Mittwoch in sein parlamentarisches wichtiges und für die Formulierung der einzelnen Gesetzesklauseln entscheidendes Stadium, das sogenannte „Komitee-Stadium“, getreten. Damit beginnt der Kampf um jede einzelne Zelle des Gesetzes. In parlamentarischen Kreisen wird es als Zeichen der Intensität des bevorstehenden Kampfes betrachtet, daß die Regierung, noch bevor sich das Haus als Komitee konstituierte, die Aufhebung des 11-Uhr-Nachmittags der Verhandlungen beschließen ließ. Das bedeutet, daß in der nächsten Zeit mit Verhandlungen zu rechnen ist, welche die ganze Nacht hindurch dauern werden. Die Arbeiterpartei hat diese Maßregel der Regierung, die darauf ausgeht, das Gesetz mit möglicher Geschwindigkeit durchzusetzen, um die Kampfkraft der Opposition zu schwächen, damit beantwortet, daß sie in einer Fraktionssitzung für jeden Paragraphen des Gesetzes die Redner bestimmte, so daß bei den Nachmittags das Stimmmaß der Opposition gewährleistet ist.

Im Verlauf der am Mittwoch erfolgten Debatte erklärte der durch seine außerordentliche Mäßigung bekannte Eisenbahnerführer Thomas, kein Gesetz könne oder würde Millionen von Arbeitern, die ihren Arbeitsbrüdern zu helfen wünschen, vom Streik zurückhalten.

## Ein antisozialistischer Bloß der italienischen Arbeiterorganisationen im Ausland.

Zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen der italienischen Emigranten in Frankreich, Belgien und Amerika ist eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und der Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift zustande gekommen. Es nehmen an ihr die Sozialdemokratische, die Sozialistische, die Maximalistische, die Republikanische Partei sowie der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund und die italienische Liga für Menschenrechte teil. In dem programmatischen Manifest des antisozialistischen Bloßes Conzentrazione Antifascista) wird als wesentliches Arbeitsgebiet die Propaganda gegen den Faschismus unter den Emigranten, Herausgabe einer Zeitung „Libertà“, Begründung gemeinsamer Ortsgruppen und Förderung der gewerkschaftlichen Organisation als die nächsten praktischen Aufgaben bezeichnet. Darüber hinaus habe der Bloß die Pflicht, Unterstützungsaktionen für die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft einzuleiten und den Kampf für die Wiederherstellung der politischen Freiheit zu führen. Die Autonomie der einzelnen Organisationen bleibt unberührt. Eine Nummer der vorläufig als Wochenzeitschrift herausgegebenen „Libertà“ deren Leitung Genosse Claudio Treves, der ehemalige Chefredakteur des sozialdemokratischen Partietorgans „La Giustizia“ übernommen hat, ist bereits erschienen. Sie ist sehr inhaltreich und in der politischen Stellungnahme entschieden als bei schon seit Jahren in Paris erscheinende überparteiliche „Corriere degli Italiani“.

## Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.  
Autorisierte Übersetzung von Mathilde Wertheimer.

„Den ganz besonders. Wir würden uns schon höchlich freuen, wenn wir Lord Galling auf Grund von Culppeppers Schlicht behaupteter Zeugenschaft und noch dazu, wo ich keine Aussage auf einen Brief stützt, der nicht beigetragen ist, einer geschwägigen Handlung beizubringen. Außerdem können Sie das Neueste noch nicht zu wissen.“

„Das Neueste?“  
„Die Regierung wurde unerwartet gestern Abend gestürzt. Lord Galling wird im Kabinett sitzen. Das wäre wirklich eine neue Nuance in der Geschichte von Scotland Yard, den Innenminister wegen Bestechung und Hehlerei anzuklagen, nicht wahr?“  
„Ja, ja, ja,“ antwortete er. „Was sollen wir denn da machen?“

„Die ganze Sache fallen lassen, Blaitie, wie einen heißen Stein.“  
„Wenn ich wirklich einen brauchbaren Beweis gegen Lord Galling hätte, so würde ich gegen ihn vorgehen, unbedarbt, wozu es mich nicht. Aber ich besitze ihn nicht. All diese Leute werden lügen. Galling hat Basquett bei der Nacht, und sie werden auf ihn zeigen — selbst Culppepper, wenn sie ihm die Situation erklärt haben. Nein, Blaitie, für uns heißt es jetzt, daß wir uns sehr darauf hüten müssen, Basquett zu erwischen. Halten Sie die Verfolgung ab. Verhüten Sie, wir hätten untrügliche Beweise dafür, daß er ertrunken ist. Sie dürfen nicht erwischt werden. Ich treue mich darüber, daß ich den Fall gelöst habe, aber mehr darf ich nicht mehr geben.“

„Aber was wird aus Ihnen, Herr?“  
„Sollte Lord Galling Innenminister werden, Blaitie, so würde ich mich von Scotland Yard zurückziehen. Ich habe dies schon oft ertragen.“

„Aber, Herr?“ fragte Blaitie ernstlich.  
„Gewiss, Selbständige Betätigung ist bedeutend aufregender und gibt mir freiere Hand, Blaitie. Ich bin des Besten überzeugt.“

„Aber, Herr?“ fragte Blaitie ernstlich.  
„Gewiss, Selbständige Betätigung ist bedeutend aufregender und gibt mir freiere Hand, Blaitie. Ich bin des Besten überzeugt.“

„Sollte Galling im Innenministerium sitzen, so würde ich mich von Scotland Yard zurückziehen. Ich habe dies schon oft ertragen.“

Blaitie seufzte. „Und das alles kommt davon, wenn man zu viel herausbringt“, sagte er nachdenklich.

„Über es zu spät herausbringt. Blaitie. Sie sind meine Schuld, ich auch mich selbst tadeln.“

„Ich hätte es überhaupt niemals herausgebracht“, sagte der Junge bescheiden.

„Nein, Blaitie, das glaube ich auch nicht“, entgegnete Blaitie. „Sie sind auf das Amt zu und prüfen munter ein Diebchen dabei. Blaitie trauerte bekümmert hinter seinem Chef drein.“

**Fünfunddreißigstes Kapitel.**  
In welchem der Verfall der Schöpfung besichtigt und John Pasquett für die Moral sorgt.

Es dämmerte nicht nur eine Überraschung für Lord Galling, sondern zugleich für die große Öffentlichkeit, als die Mitglieder des neuen Kabinetts nacheinander bekannt wurden und man erfuhr, daß seine Lordchaft auf seinen früheren Posten als Innenminister zurückgekehrt sei. Man hatte ihm allgemein eine hohe Würde vorausgesetzt und diejenigen, welche ihn trafen, wußten nicht recht, ob sie ihn begrüßend oder lieber darüber hinwegzusehen sollten. Nach ein oder zwei Tagen jedoch führte die Keyzeit durch und wurde in diskreten Anzeigern die Presse launiger. Lord Galling sei zwar das Hauptanliegen angeordnet worden, aber sein zugehöriges für die Justizreform habe ihn veranlaßt, den Ministerpräsidenten persönlich um die Erlaubnis zu bitten, sein erstes Kabinettsversteher wieder übernehmen zu dürfen. Lord Galling's Interesse an der Justizreform war während seiner nordjährigen Amtszeit keinem Augenblicke in der Tat, niemand hatte es je zuvor bemerkt. Über Zeitungsblätter fand leicht befruchtigt und diese Erklärung fand allgemeinen Glauben. Lord Galling wurde wegen seiner öffentlichen Meinung und Selbstbehauptung bei der Annahme des wenig begrenzten Portefeuilles in allen London gelobt.

„Wir aber müssen genau über die Beweggründe seiner Lordchaft nachdenken. Dagegen der belächelte Brief, den sie geschrieben zu haben, er hat nicht einen Satz, man hätte glauben können, daß er fragte er sich innerlich Verlegen, daß die Öffentlichkeit so leicht an den Fall glaubt erwidert werden sollte, falls Culppepper oder Arthur Weston vor Gericht gestellt würden, so könnte erherz leicht die Wahrheit dieses Briefes hervorheben; Lord Galling hätte sich zwar einer heftigen Situation

durchaus gewachsen, da es ihm ein Recht sein mußte, die Autentizität des Briefes abzuleugnen er fürchtete aber dennoch, daß der Zwischenfall Verdacht erwecken würde. Ueberdies konnten noch andere Dinge im Gefolge einer solchen Verhandlung ans Tageslicht kommen — zum Beispiel sein Ansehen, Pasquett's zweifelhafte Integrität zu verteidigen, oder etwa gar die Rolle, die er bei der Flucht der Hauptverbrecher gespielt hatte. Es war höchlich das Klügste von Lord Galling, die Sache nach Kräften zu vertuschen und dafür konnte es keinen vorteilhafteren Platz geben als das Innenministerium selbst: Scotland Yard untersteht dem Ministerium des Innern. Lord Galling begann zum erstenmal in seinem Leben, Justizreform zu studieren, seit er das Innenministeramt übernommen hatte, und gedachte dieses Amt mit Eifer zu verwalten.

Ob Seine Lordchaft das neue Amt angetreten hatte, wurde Lord Culppeppers Motorboot einige hundert Meilen vom Lande treibend geentert aufgefunden. Niemand von der Verladung konnte geborgen werden, aber die Zeitungen nahmen der Nachricht nach den Standpunkt ein, daß die Flüchtlinge ertrunken seien, ja selbst Wilson, der den ganzen Fall vergessen wissen wollte, ließ dieser Auffassung das ganze Gewicht seiner Autorität. Das öffentliche Interesse an dem Fall verflachte zugleich mit dem Verschwinden der Hauptverbrecher. Auch die Zeitungen ließen den Gegenstand fallen. Es fanden sich nur noch kurze, ungeschworene Notizen über solche verhältnismäßig uninteressante Begebenheiten, wie zum Beispiel die Unglückseligkeitserklärung jenes Testamentes, welches von Pasquett und Culppepper gefälscht worden war. Es handelte sich hier allerdings nur noch um mehr oder weniger automatisch weiterlaufende Maßnahmen, da alle unter dem gefälschten Testament erhobenen Ansprüche zurückgezogen wurden. Kabinetts-Vermögen wurde nunmehr unangefochten auf Grund des vorhergehenden Testamentes den Wohlfahrtsanstalten, die er vor seiner Abreise aus Amerika als Universalerben eingesetzt hatte, zuerkannt. Dies löste keinen Rechtsstreit aus, da das gefälschte Testament noch nicht verändert gemeldet worden war. Pasquett hatte tatsächlich reichlich viel Geld auf Kabinetts-Namen gehoben, aber dies war mit Hilfe seiner Generalvollmacht geschehen und das Geld gehörte formell noch Kabinetts. Die im früheren Testament eingesetzten Erben zogen nach London und ergriffen geschäftlich von Kabinetts Vermögen Besitz. Sie beschloßen, den Fall auf sich beruhen zu lassen, da es, selbst wenn Culppepper verhaftet werden sollte, sehr zweifelhaft blieb, ob ihm seine Anteilnahme an der Tat nachgewiesen werden könnte.

(Fortsetzung folgt.)

# Jugendchutz durch Theaterzensur?

## Eine Uebertrumpfung des Schundgesetzes durch eine weitere Bürgerblutvorlage.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Wöbe eröffnet. Es folgt die zweite Beratung der Reichshaushaltsrechnung für 1924. Die Haushaltsrechnung zeigt eine Überschuldung vor, wonach der Reichshaushalt in Zukunft Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben verzeichnen werden. Insbesondere sind die Ausgaben für die Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben zu begründen. Die Entscheidung wird angenommen, ebenso die Haushaltsrechnung genehmigt, ebenso die für 1925.

Eine Anzahl von Petitionen wird nach den Ausschüssen übergeben. Es soll nun die zweite Beratung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Aufführungen stattfinden.

### Abg. Seibewitz (Soz.):

Noch hat sich die Empörung im Volke über das Schund- und Schmutzgesetz nicht gelegt und nun wird im Reichstag ein noch weitestgehendes reaktionäres Gesetz vorgelegt, das sich gegen die Kultur, die Geistesfreiheit und die Jugend richtet. Das Schund- und Schmutzgesetz hat trotz der Reichsverfassung die Zensur eingeführt. Jetzt sollen auch die Theater unter Vorzeichen eingekerkert werden. Das verstößt zum mindesten gegen den Geist und den Sinn der republikanischen Verfassung. Die Räter dieses Gesetzes berufen sich auf den Schlussatz des Artikels 118 der Verfassung, wonach zur Bekämpfung des Schund- und Schmutzgesetzes sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig seien. In diesem Absatz steht aber kein Wort davon, daß unsere Jugend auch vor nichtöffentlichen Vorführungen geschützt werden soll, wie es diese Vorlage will. Künftig könnte die Beteiligung an jugendlichen Festen sogar an Hochzeiten und Geburtstagsfesten verboten werden.

Unsere Bedenken richten sich vor allen Dingen dagegen, daß entgegen der ursprünglichen Absicht, einen „Schutz vor Kummelplätzen“ zu schaffen, jetzt auch die Theater und alle wertvollen künstlerischen Veranstaltungen getroffen werden können. Künftig wird jeder Theaterdirektor, der irgendein modernes Stück aufzuführen will, bei der Vorlage anfragen müssen, ob es nicht geeignet ist, die Jugend zu gefährden. Wir werden dahin kommen, daß in der Provinz kein Theaterdirektor mehr wagen wird, ein Stück aus der jüngeren, noch unstrittenen Dichtung in seinen Spielplan aufzunehmen. Unsere Beschränkungen werden auch von den deutschen Jugendverbänden geteilt, eine Organisation, zu deren Schutze dieses Gesetz gemacht werden soll. In einer Eingabe beantragen sie, daß bei diesem Gesetz jede Möglichkeit ausgeschlossen werden muß, die zu einer Beschränkung unleserlicher und politischer Lektüre führen könne. Die Jugendverbände sind fest entschlossen, einen Zusatzantrag vor, wonach künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen von Kunst- und Bildungsorganisationen, Jugend- und Sportverbänden nicht unter dieses Gesetz fallen sollen. Wenn Sie (nach rechts) wirklich die Jugend nur vor den Kummelplätzen schützen wollen, dann müssen Sie für diesen Antrag stimmen.

Dieses Gesetz wird aber auch zu allen möglichen politischen Schikanen Veranlassung geben. Wenn nur irgend jemand, der die Entscheidung darüber hat, befürchtet, daß die Jugend durch eine Veranstaltung gefährdet werden könne, so ist ihm die Möglichkeit zu einem Verbot gegeben. Wir befürchten, daß bei Veranstaltungen der sozialistischen Arbeiterbewegung, bei Ausfahrten usw., wo ein Chor der Kinderfreunde oder einer Jugendorganisation mitwirken soll, unter den wichtigsten Vorwänden Verbote erlassen werden können. Ein Vorgesetzter hat bereits bekommen, als das Organ des Jungdeutschen Ordens von einem im Verlag der Arbeiterjugend erschienenen Sprechwort von Schönlank behauptete, er trübe die politische Gist in die Herzen der Jugend. Bei der Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes hat der Ministerialrat erklärt, er könne auf die Bestimmungen, daß auch aus politischen Gründen eine Schließung verboten werden könne, nicht verzichten, da sonst das Gesetz seinen Sinn verloren hätte. Bei der jetzigen Vorlage ist die Gefahr der politischen Schikane noch größer, weil keine Prüfungsausschüsse eingesetzt werden, sondern ein Polizeibeamter die Entscheidung hat und kein Einspruch erfolgen kann. Verschlimmert wird es noch dadurch, daß nicht das Reich, sondern die Länder und die zuständigen Behörden die entscheidenden Bestimmungen treffen. Selbst ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, Herr Kunkel, hat im Ausschuss erklärt, daß dieses Gesetz zur Schikaneierung der Jugend führen muß. Wir wundern uns darüber, daß er aus dieser Auffassung nicht die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen hat. Die wirklichen Quellen der sittlichen Gefährdung für unsere Jugend soll man nicht auf den Kummelplätzen und nicht in Theatern suchen, sondern sie finden sich in den jugendlichen Gesundheitszuständen, in der Erwerbslosigkeit, im Wohnungssekt und in der Armut unseres Volkes. (Sehr richtig! S. d. Soz.)

Schaffen Sie Wohnungen, Jugendheime, Jugendbibliotheken, gute Theater und Kinos für die Jugend, und Sie brauchen kein Gesetz zu ihrem Schutz. Sobald wir Sozialdemokraten aber Anträge einbringen, die die Schaffung solcher Maßnahmen bewirken, wird von den Vertretern der Regierung erklärt, es sei kein Geld da. Herr Mumm hat in seinem Artikel selbst ausgeführt, daß im Etat für die sittliche Erziehung der Jugend ganze 300 Mark eingestellt sind. (Hört! Hört! links.) Gerade die Parteien, die sich so sehr für dieses Gesetz erwärmen, haben alle unsere Anträge auf Schaffung positiver Maßnahmen für die Jugend abgelehnt. Der Reichsausschuss der Jugendverbände, dem auch die evangelischen Verbände angehören, hat an die Regierung den Antrag gestellt, auf Ausdehnung der Schutzbestimmungen für alle Arbeitenden bis zu 18 Jahren, auf Gewährung von 3 Wochen Ferien, und er hat noch weitere soziale Maßnahmen dieser Art gefordert. Alles das ist von den Parteien der Rechten abgelehnt worden. Weil wir unsere Jugend nicht schikanieren wollen, sondern ihr wirklich praktisch helfen wollen, darum stimmen wir gegen dieses Gesetz. Die Jugend muß vor diesem Gesetz geschützt werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Warm (Soz.) beantragt nunmehr, da das Haus auf der Rechten fast leer ist, trotzdem diese Parteien für die Beratung gestimmt haben, die Ablehnung der Vorlage.

Abg. Kunkel (D. Vp.) ist für Weiterberatung.

Mit den Stimmen der gut besetzten Linken wird der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Präsident Wöbe verlegt die Sitzung um 4 Stunden, damit der Reichsausschuss die weiteren Dispositionen treffen könne.

In der neuen Sitzung wird nur die Tagesordnung für die Sitzung vom Donnerstag festgelegt. Ein kommunistischer Antrag, die Anträge gegen die Pariserhöhung und gegen die Einschränkung der Krisenfürsorge zu beraten, wird von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt, dagegen die Fortsetzung der zweiten Beratung des Jugendchutzgesetzes beschlossen.

### Der Ausschustampf um die Aufwertung.

Dem Reichsausschuss des Reichstages lag in seiner Mittwochsitzung ein Antrag der Demokraten vor, der die Aufwertung der Erwerbspreise von Grundstücken, die in der Inflationszeit veräußert worden sind, zum Gegenstand hat. Das Aufwertungsgezet regelt diese Materie überaus nicht. Durch Aufwertungsleistungen sind in einzelnen Fällen Kaufverträge, die in der Inflationszeit abgeschlossen wurden, zugunsten des Ver-

käufers abgeändert worden. Ungeheuer groß ist aber die Zahl der ehemaligen Grundstücksbesitzer, die unter dem Druck der Not Gebäude verkauft haben zu einem Preise, der nur wenige Prozent oder gar weniger als ein Prozent des Friedenswertes beträgt. Der vorliegende Antrag will nun, wenn ein Grundstück in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 verkauft worden ist, dem Verkäufer eine persönliche Forderung in Höhe von 25 Prozent des Unterschieds des Verkaufspreises und des Wehrbeitragswertes zusprechen. Er trifft auf Bestimmungen zur Regelung der Verkäufe in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1919 und 14. Juni 1922 sowie zur Regelung der Fälle, in denen ein wiederholter Besitzwechsel eingetreten ist.

Von den Regierungsparteien und den Vertretern der Regierung wurden zunächst die schwersten Einwände gegen den Antrag erhoben. Es wurde geltend gemacht, daß man in freiwillig abgeschlossene Rechtsverhältnisse nicht eingreifen dürfe; daß man auch andere Substanzverkäufe, obwohl hier logischerweise dieselben Gründe vorlägen, keiner nachträglichen Korrektur unterziehen könne. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sprach wieder von der großen Bedeutung des Wirtschaftslebens und der Schädigung des Kreditwesens, die sich aus dem Antrag ergebe. Auch die großen juristischen Schwierigkeiten der Lösung des Problems wurden betont.

Für die Antragsteller erklärte Freiherr von Nichte-Hannover, daß es ihnen nicht unbedingt auf eine Regelung nach der Formulierung ihres Antrages ankomme. Wenn man dem Grundgedanken näherträte, so seien sie mit einer zweckmäßigen Änderung ihres Antrages einverstanden. Die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Abgeordnete Dr. West begrüßten den Antrag, ohne sich auf seine Einzelheiten festzulassen.

Abg. Keil (Soz.) führte aus, die Schwierigkeiten, die in der Materie liegen, dürften kein Hindernis sein, wenigstens in den Fällen dem Verkäufer eine Teilentschädigung zu gewähren, die einfach liegen und in denen offensichtlich krasse Bereicherungen des Käufers auf Kosten des Verkäufers vorgenommen sind. Der Fall sei nicht selten, daß der verarmte ehemalige Gebäudebesitzer heute für bescheidene Wohnräume in seinem eigenen früheren Hause mehr an Miete zu zahlen habe, als er für seinen Besitz erhielt habe. Wenn nur einige tausend Fälle dieser Art reguliert werden könnten, so dürfe der Gesetzgeber sich nicht davon abhalten lassen, durch die Unmöglichkeit, das gesamte Unrecht wieder gutzumachen.

Der Antrag wurde schließlich an einen Unterausschuss verwiesen. Er soll dort nach der Verabschiedung der vorliegenden Novelle zum Aufwertungsgezet gesondert behandelt werden. Die übrigen zum Aufwertungsgezet und zur Durchführungsverordnung gestellten Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Hinsichtlich des § 17 der Novelle, der die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats Rechtsverordnungen zur Verhütung unvorhergesehener Härten zu erlassen, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Zustimmung eines Ausschusses des Reichstages erforderlich ist.

### Magiera macht weiter Schule!

Aus Steintin wird gemeldet, daß der Stahlhelmmann und Führer Duhne auf der Landstraße von vier Männern wegen ihrer Kleidung (?) belästigt wurde. Der Führer holte sich darauf ein Jagdgewehr und als er wieder (1) auf die Gegner stieß, schoß er und verletzte den Schachmeister Kadewig aus Callis so schwer, daß dieser gleich nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Wieviel Stahlhelmer waren in Berlin? In der heutigen Ausgabe der „Vossischen Zeitung“ stellt ein hoher Offizier auf Grund der sich aus der Feldpostenliste ergebenden Stärkeberechnung einer Marschkolonie fest, daß an dem Stahlhelmaufmarsch in Berlin im Höchstfalle 65 000 Mann teilgenommen haben. Es fragt sich danach, wie die Reichsbahndirektion in Berlin angeblich den Transport von über 100 000 Stahlhelmlenkern melden konnte. Handelt es sich hier vielleicht auch um die Angaben eines Stahlhelmmannes in Beamteneigenschaft?

### Aus aller Welt.

Die Suche nach den Ozeanfliegern.

Von dem Verbleib der beiden Ozeanflieger, seitdem sie über Island gesichtet worden sind, ist auch bis Mittwochabend in Paris keine Nachricht eingetroffen. Gegen 30 Kriegsschiffe und über ein halbes Hundert Flugzeuge sind von der amerikanischen, englischen und französischen Küste aus unterwegs, um nach den Vermissten im Ozean zu forschen. Einige Sachverständige geben der Meinung Ausdruck, daß die beiden Flieger, als sie die amerikanische Küste erreicht hatten und infolge des Nebels nicht landen konnten, vielleicht statt nach Newport ihren Flug in nördlicher Richtung nach Kanada und Labrador fortgesetzt haben. Die Pariser Kriminalpolizei ist vom Innenminister beauftragt worden, eine Untersuchung darüber anzustellen, wer die Falschmeldung über die Ankunft der beiden Flieger in Newport verbreitet hat.

Wiedereröffnung der Kathedrale von Reims.

Die Kathedrale von Reims ist am Mittwoch im Beisein des Unterrichtsministers Herriot, des Erzbischofs von Reims und zahlreicher weltlicher und kirchlicher Behördenvertreter unter großer Feierlichkeit dem Kultus wieder übergeben worden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind im Innern so weit fortgeschritten, daß wieder Gottesdienste abgehalten werden kann. Der Unterrichtsminister Herriot hielt bei der Feier eine große Rede, wobei er in einem historischen Rückblick in scharfen Worten die kriegerischen Ereignisse geschilderte, die zur Zerstörung der Kathedrale geführt haben. Er dankte den ausländischen Spendern von Amerika, Dänemark usw. für den Wiederaufbau und schloß mit Worten des Friedenswillens.

Schwärze in Ostpreußen.

Aus dem Gouvernment Warschau, im Nordosten des europäischen Rußlands, wird nach Moskau gemeldet, daß die Kama, einer der größten Nebenflüsse der Wolga, in ungewöhnlichem Steigen begriffen ist. Ein großer Teil der Bewohner der an den Ufern gelegenen Dörfer ist bereits ausgesiedelt worden. Bei Turinsk sind elf Dörfer völlig überflutet. Man sieht auf dem Fluß die Trümmer von Gebäuden, totes Vieh usw., treiben.

Werbefleischvergiftung.

In Kuhl (Thüringen) erkrankten 50 Personen an Fleischvergiftung nach dem Genuß von Werbefleisch. Sämtliche Kranken befinden sich in ärztlicher Behandlung. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Berliner Straßensplang.

Aus einer Statistik der Stadtverwaltung Berlin ergibt sich, daß die Straßensplang in der Reichshauptstadt im Jahre 1927 13 728 000 Mark erforderlich macht. Die täglich zu reichende Straßensplanglänge beträgt 387 304 Meter.

### Aus dem Reich.

Der berühmte rechtsabulose Gerichtsdirektor Dr. Kuhmann ist jetzt endlich von seinem Amte suspendiert worden. Diese Suspendierung hat zur Folge, daß Kuhmann bis zur endgültigen Entscheidung des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens nur die Hälfte seines bisherigen Dienstentlohens erhält.

Geldstrafen wegen Beleidigung des Genossen Otto Braun. Vor einer großen Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin wurde am Mittwoch nochmals die Beleidigung des Reichspräsidenten Genossen Braun durch den Inhaber eines deutschen nationalen Korrespondenz-Berlages für Provinz- und Zeitungen, Eugen Siebert und den verantwortlichen Schriftleiter der „Kistler Zeitung“, Fritz Wirth, verhandelt. Das Gericht entschied sich nach einer mehr als vierstündigen Beratung dahin, daß die Strafe für den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Beiträge“, Siebert, wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Braun in mehreren Fällen von 200 auf 500 Mark zu erhöhen sei. Das zum zuständigen Schöffengericht gegen den Redakteur der „Kistler Zeitung“, Wirth, festgesetzte Strafmaß von 3000 Mark wurde bestätigt.

Geb. Justizrat Kemper-Berlin, einer der führenden Männer der internationalen Hall-Industrie, der als Aktienbesitzer auf das gesamte deutsche Unternehmertum sehr einflußreich war, ist gestern morgen auf einer Reise in Amsterdam gestorben. Reichspräsident Genosse Wöbe hat den Präsidenten der Vereinten Staaten telegraphisch und schriftlich gebeten, die zum Tode verurteilten Italiener Sacco und Vanzetti vor der Hinrichtung zu bewahren.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Auch die deutschböhmischen Sozialdemokraten für Masaryk. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten der Tschechoslowakei beschloß am Mittwoch, bei der kommenden Präsidentenwahl für Masaryk zu stimmen. Am Tage vor der Wahl wird der Klub nochmals zu der Frage Stellung nehmen und seinen gestrigen Beschluß wahrscheinlich bestätigen.

Der Vatikan und England. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob die britische Regierung die während des Krieges geschaffene diplomatische Vertretung beim Vatikan, die seinerzeit nur als eine vorübergehende Einrichtung gedacht war, aufrechtzuerhalten gedenkt, antwortete Außenminister Chamberlain bejahend. Die diplomatische Vertretung beim Vatikan sei in einer Zeit größter internationaler Schwierigkeiten geschaffen worden. Ihre Zurückziehung käme heute beinahe einem unfreundlichen Akt gegenüber dem päpstlichen Stuhl gleich. Welche Stellung England auch immer gegen Rom und die römische Kirche einnehme, so könne doch kein Zweifel darüber bestehen, daß das Haupt der katholischen Kirche, der Papst, eine Macht darstelle und von zehn Millionen katholischer englischer Staatsbürger verehrt würde.

Streikende Beamte gegen Polizei — in Persien. Aus Teheran wird gemeldet, daß ein Generalstreik der Beamten ausgedehnt ist, weil die Kammer sich weigerte, die Gehaltsaufhöhung von 10 Prozent zu bewilligen. 5000 Beamte verschiedener Ministerien manifestierten vor dem Kammergebäude in Teheran. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und die Manifestanten zerstreuten sich erst, als der Kammerpräsident erklärte, er werde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die Forderungen der Beamten durchzuführen.

Die japanische Finanzsanierung. Das japanische Parlament hat in einer Sonder-Session beide Vorlagen über die Stützungsaktion für die Bank von Formosa angenommen. Die Vorlagen sehen in erster Linie 500 Millionen Yen Ausfallgarantien für die Bank von Japan und Kredite an die Depositionsbanken, einschließend für die Bank von Japan am 15. März geschlossen, vor, für die damit die Deckung der Schalter wieder in greifbare Nähe gerückt ist. Die Kredite sind nominell innerhalb des Zeitraums von zehn Jahren rückzahlbar. Der Zinsfuß für sie ist der gleiche wie die gewöhnliche Diskontozinssatz der Bank von Japan. Die Qualität der erforderlichen Sicherheiten ist herabgemindert. Die Vorlagen erstrecken sich weiter auf die Stützungsaktion für die Bank von Formosa, für die 200 Millionen Yen ohne Sicherheit gewährt werden. Das hierbei verfolgte Ziel ist hauptsächlich in der Erhaltung des politischen Ansehens und des wirtschaftlichen Einflusses in Südost-Asien zu sehen. Damit wird gleichzeitig auch der Konkurs des industriellen Suzuki-Konzerns vermieden und eine Reorganisation ermöglicht. Die beiden Gesetze beilegen zwar die momentane Krise, geben jedoch keine Grundlage für eine tatsächliche Sanierung des gesamten durch die Kriegsinflation aufgeblähten Wirtschaftskörpers.

### Verhaftung des Zigeuner-Massennörders Herzberg.

Admt Jahre war die preußische Polizei hinter dem Zigeunerhauptmann Hermann Herzberg her, bis es jetzt Landjäger von Wilkallen (Spreußen) geklärt ist, den 33jährigen nach schwerem Feuergefecht unbeschädigt zu machen und festzunehmen. Seit Ende 1925 hatte die Berliner Kriminalpolizei die Fahndung in die Hand genommen, nachdem nahezu einwandfrei festgestellt worden war, daß zahlreiche Raubüberfälle und Morde gescheit in West- wie in Ostdeutschland auf einen und dieselbe Person zurückgingen. Die Spuren führten auf einen Zigeuner, den seine Landseite mit dem Spitznamen „Dickerchen“ bezeichneten. Es handelte sich um den am 9. Januar 1883 zu Reuendorf im Kreise Karthaus (Westpreußen) geborenen Hermann Herzberg, der als Berufspferdehändler betrieb. Bereits mit 22 Jahren war Herzberg wegen Ermordung eines Landjägers in der Nähe von Steintin zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem er die Strafe im Zuchthaus Sonnenburg verbüßt hatte und kurz vor Ende des Krieges entlassen worden war, ereigneten sich bald mehrere Mordbaten, die auf sein Konto geschrieben wurden. So erschloß er in Gölzow in Kommet bei einem Streit über einen Pferdehandel seinen Onkel, den Zigeuner Heinrich Rosenbach. Danach tauchte er im Frühjahr 1920 in der Gegend von Darmstadt auf. Als ihn zwei Polizeibeamte nachts auf der Straße anhalten wollten, eröffnete er sofort das Feuer auf sie. Wie durch ein Wunder blieb er unversehrt, sämtliche Kugeln vergingen sich in dem dicken Stoff seines Umhangs. Als er mit seinem Wagen davonraste, verlor er daraus die Leiche einer Frau. Es handelte sich um seine Mutter, die sich gleichfalls an dem Feuergefecht beteiligt hatte. Sie war durch drei Schüsse getötet worden. Herzberg selbst aber entkam. Ein Jahr später hielt er sich in Saaßmünde in Hessen auf. Hier wurde er die Tochter eines Zigeuners Rosenbergs heiratete. Als der Vater des Mädchens Widerstand leistete, erschloß ihn Herzberg kurzerhand und floh mit der Tochter, die seine Frau wurde. Dem Zigeuner werden außerdem noch mehrere schwere Mordtaten nachgesagt. Vor allem soll er nach verschiedenen Morde an Landjägern, Förstern und Zigeunern auf dem Weissen haben. Die Landjäger in Wilkallen hatten dieser Tage in Erfahrung gebracht, daß Herzberg in einem einsam gelegenen Haus der Drißkau-Drausgäpönen Unterhölzung gefunden hatte. Sie umstellten das Haus. Die Durchsuchung seiner Räume war aber zunächst erfolglos. Mithin bemerkten sie jedoch, wie ein Mann flüchtete und sich in einiger Entfernung in einen Wassergraben warf. Als sie die Verfolgung aufnahmen, wurden sie mit Schreiefeuer empfangen. Durch das erwiderte Feuer wurde Herzberg ins Wasserbein getroffen und dadurch kampfunfähig gemacht. So konnte er endlich festgenommen werden. In seinem Besitz befanden sich zwei moderne Schusswaffen. Unter großen Vorwurfsmaßnahmen wurde er in das Amtsgefängnis Gumblinchen eingeliefert.

Freiabend einer Schwärze der Wälder.

In München hat die Witwe des Reichspräsidenten Wöbe eine Schwärze der Wälder, Thomas und Heinrich Wöbe, Selbstmord begangen, nachdem sie seit längerer Zeit unter schweren seelischen Depressionen gelitten hatte.

**Sämtlichen - Anzeigen**

**Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter**  
Am 10. Mai, früh 2 1/2 Uhr, verschied unser langjähriges Mitglied, der Brauereiarbeiter **Robert Sowieja** im Alter von 50 Jahren nach langem, schwerem Leiden im jüdischen Krankenhaus, 5401  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Oratorien Breslau**  
Einschreibung: Freitag, den 13. Mai, nachm. 5 Uhr, im Südt. Krematorium in Breslau

Am 10. Mai verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege **Robert Sowieja** im Alter von 49 Jahren 9 Monaten.  
In seiner 21jährigen Tätigkeit war er ein treues und vorbildliches Verbandemmitglied  
Sein Andenken werden in Ehren halten  
Die Kollegen und Kolleginnen der C. Kipke-Brauerei A.-G. Die Einkäscherung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt. 384

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter**  
Am 10. Mai verstarb unser Kollege **Paul Schmude** im Alter von 53 Jahren.  
Ehre seinem Andenken! 5407  
**Die Ortsverwaltung Breslau.**  
Beerdigung: Sonnabend, 14. Mai, nachm. 3 Uhr, von der alten Kapelle in Osowitz, Haupteingang

Meine Praxis habe ich 138 b nach **Friedrich - Wilhelm - Str. 28** verlegt  
**Dr. med. Walter Böttge**  
Sprechstunden von 8-10 und 3-5 Uhr.  
(Zu ärztlichen Krankenkassen zugelassen.)

**Damenhüte**  
sehr besonders preiswert \* Große Auswahl  
**Gustav Thomas** 7771  
Hutfabrik / Umpresserei  
Ketzberg 24 Kätzelnhe 35

**Echte Reutlinger Monteur-Anzüge**  
in unseren seit Jahrzehnten bewährten 3 Spezial-Qualitäten, für jede Figur passend am Lager  
**Hauswand** beste Qualität 3.85  
**Safinkörper** einseitig 4.95  
**Leinen** des Beste vom Besten 6.25  
Die Preise gelten sowohl f. Jacken als auch für Hosen.  
Sprechen und Lehrlingsgrößen 10% billiger.  
Ein Probekostüm liegt für freie Kostent.  
**M. Danziger Ww.**  
Röschstr., Ecke Sadowstr.

**Stadttheater**  
Donnerstag 8 Uhr  
In vollständiger Neinstücksetzung  
**„Wenn ich König wär“**  
Freitag 8 1/2 Uhr:  
**Zweites Mal - Festspiel**  
**„Die Weistinger von Alzenberg“**  
Sonnabend 8 Uhr:  
**„Die verkaufte Braut“** 7741

**Schlesisches Landesorchester**  
Ab Sonnabend, 14. Mai.  
Jeden Mittwoch, Freitag, Sonnabend und Sonntag.  
**Südpark - Konzerte**  
Eintritt: Sonntag 50 Pf., Wochent. 40 Pf., 10 Kart. 5 M.

**Liebig-Theater**  
Ganz Breslau zerbricht sich den Kopf über:  
**? Nereida ?**  
Die Erschaffung des Weibes aus dem Nichts!  
Dazu:  
Das aussergewöhnliche Mal-Varieté-Programm.  
Nur noch wenige Tage!

**Schaupielhaus.**  
Operettenbühne. 7744  
Tel. Stephan 36500.  
Täglich 8 Uhr:  
**Der große Operettenfolg!**  
**„Jugend im Mai“**  
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
**„Das Dreimäderlhaus“**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Zum 25. Male:  
**„Jugend im Mai“**

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Donnerstag, Freitag, abends 8 Uhr:  
Die letzten Aufführungen von  
**„Spiel im Schloß“**  
**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700  
Donnerstag, Freitag, abends 8 Uhr:  
**„Die Wittibuligen“**  
Dazu:  
**„Der zerbrochene Krug“**

**Schau-Arena**  
im Circus Busch  
Nur noch Freitag 8 bis einschl. Freitag  
**Sport - Kino**  
Varieté - Theater  
Wöchentlich zahl 500 Mk.  
Damen-Bekämpfe  
Der Mann mit der Maske  
Cezard, Burenkapitän  
Slema, wie man alte Autos verkauft  
Nährische Managerie  
Klemin und Lange  
Schreckenkammer  
Ein- 25 Pl. 400 Mark tritt 25 bis 1 Parkett

**Viktoria-Theater**  
8 1/2 Uhr  
Jeden Tag vorbesten!  
Gastspiel: **Hilda Lina**  
**Dirnen- Tragödie**  
Ein Lebensspiel aus den düsteren Winkeln Berlins  
3 Akte

Zurückgekehrt  
**Dr. Wertheim.**

**MÖBEL**  
Küchen kompl. 7-tlg. von 30.00 Mk. an  
Schränke pol. 2-tlg. von 60.00 Mk. an  
Ausschläche . . . von 38.00 Mk. an  
Pellierie Stühle . . . von 5.50 Mk. an  
Freiworte Schlaf-, Herrn- und Speisezimmer  
Chaiselangen, Sofas, Patent- u. Auflegekissen  
und alle Arten Einzel- und Kleinmöbel  
**Blener, Dührig & Co.**  
Möbel und Stühle ca. detail und en gros  
Mittelstr. 107 und Weinbergsweg 18/20

Berücksichtigt unsere Inserenten!

**Stunnd billige Angebote!**  
Wash-Zephir . . . . . Meter von 52 h an  
Haldennessel . . . . . 62 Pl.  
Bettbezüge . . . . . von 2.90 an  
Weiße u. bunte Bettbezüge 2 Kissen . . . . . 5.90  
Linon-Bezüge mit 2 Kissen . . . . . 6.50  
Wallis-Bezüge mit 2 Kissen . . . . . 9.00  
Bett-Inlets federleicht . . . . . 9.00  
Bettlaken 140/200 derbe, feste Ware . . . . . 1.83  
Rüchenhandtücher . . . . . 18 Pf.  
Damenstrümpfe . . . . . 25 Pf.  
Taschentücher . . . . . von 20 Pf. bis 3 Pf.  
Ein praktisches Geschenk als Zusatz.

**Wäsche - Manneberg**  
im Hofe Reuschstr. 47 im Hofe  
Bitte genau auf Namen und Nr. 47 zu achten! 7778

Wir wiederholen unsere **extra billigen Lebensmittel-Tage** am Freitag, den 13. Mai und Sonnabend, den 14. Mai 1927 anlässlich der Eröffnung unserer **8. Mühlen-Niederlage** **Matthiasstr. 113**

Wir verkaufen trotz der gestiegenen Preise  
Kaiser-Auszugmehl, halbgroß . . . 1 Pfd. nur 28 Pf.  
Weizen-Auszugmehl . . . . . 1 Pfd. nur 24 Pf.  
Wiener Grieß . . . . . 1 Pfd. nur 28 Pf.  
Kartoffelmehl, hochfein . . . . . 1 Pfd. nur 30 Pf.  
Kartoffelmehl, feiner . . . . . 1 Pfd. nur 21 Pf.  
Weiße Bohnen . . . . . 1 Pfd. nur 15 Pf.  
Viktoria-Erbsen Ia . . . . . 1 Pfd. nur 32 Pf.  
Grüne Erbsen . . . . . 1 Pfd. nur 25 Pf.  
Gerstenkaffee, plattiert . . . . . 1 Pfd. nur 20 Pf.  
Eierbruch-Makkaroni . . . . . 1 Pfd. nur 45 Pf.  
Versuchen Sie ferner unser **Spezial-Hausbackbrot** 4-Pfd. nur 74 Pf., hell u. schmackhaft

Kaufen Sie Ihr Mehl nur im **Spezial-Geschäft!**  
**Mühlen-Niederlagen**  
d. Waren-Vertriebs u. Einkaufs G. m. b. H.  
Matthiasstraße 113 Schellinger Straße 50  
Friedrichstraße 13 Lohesstraße 57  
Gräbscher Straße 91 Tauentzienstraße 198  
Lehmgrabenstraße 77 Westendstraße 53/55

**Oberbett, 2 Kissen** mit tottem Inlett 122 für 24.00 Mk. zu verkaufen **Freiburger Str. 5, hp links**  
**Genossen**  
Genossinnen  
Eure Familienanzeigen der **Volkswacht**

**Lur schönen Frau ein schöner Mantel**  
Covercoat-Mäntel von 975 an  
Rips- und Tuch-Mäntel in allen Farb., von 1975 an  
Kostüme in moder. en Fassons. von 1975 an  
Wohl & Alexander  
DAMEN u. MÄDCHEN MÄNTEL FABRIK  
KEIN LADEN EINGANG RECHTS AM RATHAUS 25 NEBEN HENEL & FUCHS 27 STAGT

**Arbeiter, Maurer, Zimmerleute**  
empfehle:  
Schwarze Lederhosen 3 Draht . . . 15 u. 12 Mk.  
mit Leitz . . . . . 16 u. 13 Mk.  
Schwarze Tuch-Lederhosen auch mit Schnitt . . . . . 6.50 Mk.  
Maurer-Rosen in Leder . . . . . von 7 Mk. an  
Große Auswahl in  
Maurer-Köper-Blusen, Jacken und Hosen.  
**Eugen Hamburger**  
Teichstraße 31, Ecke Springerstraße. 777

Achtung! Achtung!  
Getragene Herren-Anzüge von 11.50 Mk. an  
sowie Neue Herren-Anzüge von 16.50 Mk. an  
finden Sie in größter Auswahl bei **D. Juliusburger**  
Kupferschmiedestraße 31. Begründet 1877

**Nähmaschinen**  
für Haushalt, Holmerbeit u. Gewerbe  
10 Mark wöchentliche Anzahlung. **2.50** Ratenzahlung.  
**Jos. Greulich, Mechanikermeister**  
Herrenstraße 24. Tel. Ohle 6357.

**Anzug-Zulaten**  
4 bis 12 Mt., Ritter Mt. 46 bis 90 Mt., Leinwand Mt. 35 Mt. bis 120 Mt., Hermelin Mt. 48 Mt. b. 1.40 Mt., Garn 1000 Mt. 25-70 Mt., feinstgarn 20 Gramm 10 Mt., Walo-Schwarzfelle 100 Walo 2.00 b. 8.00 Mt., Ruyne Dtd. 1-10 Mt., Reinfelle Kiesel 13 Mt., Erdbohle 15 Mt. Detail und Engros  
**Bertold Lippert**  
Heinrichstraße 16 7774  
Gillies Dörferstraße 17.

**Erstklassige Marten-Fahrräder**  
Gummi, Zubehör billig.  
Damenräder mit Freilauf u. 65 Mt. an. 3070  
Geier, Freiburger Straße 16  
Ede Graupenstr. 16

**Eigene Anfertigung daher so billig!**  
**Dr. Windjaden**  
garantiert imprägniert  
Herren u. Knaben 8.75, 5.00  
Damen u. Mädchen 8.75, 7.50  
Gute Herren-Hosen 7.75, 2.95  
geliefert  
**H. Wassermann**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 25  
Vorzeiger dieses 5%, Rabatt.

**Bohungen**  
**Jg. Chepur m. Kind**  
Sucht leeres od. wenig möbl. Zimmer m. Kachelofen od. Kamin u. a. nur von Privaten. Woch. 3 Wemige, fett 4 Wemige.

**Kleine Anzeigen**  
Sind komplett gezeigte einpaltige Anzeigen von Verkauften, Kaufgeboten u. a. nur von Privaten. Woch. 3 Wemige, fett 4 Wemige.  
Ein 3 fähriger Schrank mit Spiegel, neu zu verkaufen **Hofener Straße 45, 777**

**Jedem ein Fahrrad**  
Abgang ganz nach Wunsch.  
Große Auswahl von 65 Mt. an. **Zubehör gratis.**  
**R. Mühlle & Sohn**  
Lauenburgerstraße 55, Nähe Taschenstraße.

**Maurer-Hosen** prima Qualität  
Zweifarbiges Leinen mit Schnitt . . . 11.00  
Schwarze Leinen mit Schnitt . . . 10.50, 6.50  
Schwarze Leinen mit u. ohne Schnitt . . . 11.50, 5.50  
Schwarze Leinen mit u. ohne Schnitt . . . 13.50, 9.75  
Schwarze Leinen mit u. ohne Schnitt . . . 16.50, 12.50  
Schwarze Leinen mit u. ohne Schnitt . . . 9.50, 7.25, 4.75  
**Adolf Malsowitzer, Klosterstraße 23.**

**Reichsbannerkameraden!**  
In die Bibliothek jedes Kameraden gehört:  
Lautenschlager  
**Volksstaat und Einheitspartei**  
(Dokumente aus der höchsten Revolution 1848/49)  
302 Seiten, illustriert 70 Pf.  
gebunden nur 1.00  
**Volksrechtbuchhandlung**  
Breiter Platz Graupenstr. 5.

**Wanderer! Ausflügler!**  
Ludwig Leuca, Ein Wanderbuch, An deutschen Seen, Flüssen und Buchten, illustriert, kartoniert . . . nur 30 Pf.  
Friedrich A. Seyffert, Der Wanderer, kartoniert 50 Pf.  
Kurt Grotzewitz, Sonntage eines Großstädtlers in der Natur, alte Ausgabe, Ganzleinen . . . . . nur 1.25  
Neue Ausgabe mit 12 Holzschnitten von Hans Goetsch, Ganzleinen . . . . . 2.30  
Kurt Grotzewitz, Unser Wald, ein Volkshuch, herausgegeben von Wilhelm Bölsche, mit zahlreichen Photographien in Ganzleinen . . . . . 6.75  
Umgebungskarten und Führer laufend vorrätig!

**Volkswachtbuchhandlungen Breslau**  
Neue Graupenstr. 5. Neue Taschenstraße 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Mai.

Die gestrige Funktionärversammlung der Breslauer Parteiorganisation

nahm ein gehaltvolles und für jeden einzelnen Zuhörer sehr reichhaltiges Referat des Landtagsabg. Genossen Dr. Hamberger über unsere preußische Koalitionspolitik entgegen. In der weitläufigen Ausführung legte der Referent und unter ständiger Begleitung des Erreichens mit unseren grundsätzlichen Forderungen und dem Interesse der arbeitenden Klasse die bisherigen Ergebnisse der sozialdemokratischen Mitregierung in Preußen dar. Genosse Hamberger wies dabei selbst sachkundig auf die Begrenzung unseres Einflusses durch den in wichtigen Fragen anders gerichteten Willen der bürgerlich-republikanischen Parteien in Preußen, durch die Reichsregierung des Rechtsblocks und durch den alten, nicht mit einem Schlag einzuholenden Wortsprung der anderen Klassen in ihrem Anteil an den Verwaltungsgewalten hin.

Die Aussprache, die schließlich durch einen Schlußantrag abgeschlossen wurde, brachte die verschiedensten Beurteilungen der preußischen Koalitionspolitik zu Wort: vom Bekenntnis zum bedingungslos in der Tätigkeit für die Arbeiterklasse bedeuten heute trotz einem sozialdemokratischen Stimmenanteil von nur 25 Prozent an den preußischen Wählerziffern das bedeutendste und sichtbarste Gegenstück gegen die reaktionäre Koalitionspolitik des Bürgerblocks. Für unseren Kampf gegen diesen Bürgerblock ist unsere Machtposition in Preußen eine positive und von den Gegnern mit Hoch und Meid betrachtete Stütze, die die Sozialdemokratie nicht nur nie kampfflos preisgeben, sondern die sie behaupten und ausbauen will.

Vom Breslauer Bürgerobdach.

Das Breslauer Bürgerobdach beherbergt zurzeit 140 Einzelpersonen, zumeist alle Leute, die aus hiesigen Krankenhäusern überwiesen wurden. Obdachlose Familien, die früher im Bürgerobdach hausen mußten, konnten restlos in den Baracken in der Lohestraße und in der verlängerten Lange-Gasse (Wichweide) untergebracht werden. Die große Zahl der gebrechlichen alten Insassen hat es mit sich gebracht, daß die Krankenziffer ziemlich ansteigen ist. Bekanntlich hat das Bürgerobdach besondere Krankenabteilungen, wo die Patienten tagsüber in sauberen Betten liegen können und selbstverständlich von jeder Arbeit befreit sind. Alle übrigen Insassen werden dagegen nach Maßgabe ihrer Kräfte und Fähigkeiten zu leichten Hausarbeiten herangezogen. Einen Mann führt das Bürgerobdach täglich regelmäßig auf den Ring, der die Aufgabe hat, das an den Wirtshäusern so viel herumliegende Papier einzusammeln und im Bürgerobdach, zwecks späteren Verkaufs, abzuliefern.

Bisher war auch das Obdachlosenasyl dem Bürgerobdach verwaltungstechnisch unterstellt. Das ist seit dem 1. April geändert. Das Obdachlosenasyl untersteht nunmehr der Inspektion der städtischen Arbeitsanstalten in der Niedergasse. Diese Veränderung war deshalb notwendig, weil das Wohlfahrtsamt bisher viel bei Unterbringung von Obdachlosen eingegriffen mußte, vornehmlich bei Unterbringung von Familien, und die Leitung daher einem Beamten übertragen werden mußte, der bereits ausschließlich im Bereich des Wohlfahrtsamtes tätig war. Inspektor Eisner ist jetzt mit der Verwaltungsaufsicht des Obdachlosenasyls betraut, vor ihm war es Inspektor Büschel vom Bürgerobdach.

Die Baracke in der Lohestraße untersteht jedoch dem Inspektor Eisner nicht, sondern dem Wohlfahrtsamt direkt. Es wurde schon gesagt, daß in der Lohestraße und in den Baracken auf der Wichweide hinter der Westend-Kaserne lediglich obdachlose Familien untergebracht werden. Die Baracke am Neumarkt, die als Tagesaufenthaltsraum für obdachlose Familien diente, ist geräumt und wird abgebrochen. Dadurch wird der Platz um den Gabeljürgen herum endlich frei, und es würde der Neumarkt sehr gewinnen, wenn man an Stelle der Baracken Grünanlagen und Baumpflanzungen schaffen würde. Gerade dem Neumarkt läte eine solche Grünanpflanzung not, schon der vielen Kinder wegen, die man im Bereich des Gabeljürgen stets so zahlreich anzutreffen pflegt.

Es ist geplant, auf dem Gelände hinter der Westendkaserne in absehbarer Zeit einen weiteren Massobdach für obdachlose Familien zu errichten. Bekanntlich ist vor kurzem ein solches Haus, das etwa 150 Familien Raum bietet, eröffnet worden. Außerdem sind seit Jahresfrist dort einige Holzbaracken im Betrieb, die ebenfalls vielen obdachlosen Familien ein vorläufiges Unterkommen bieten.

Diese Jahre wird es noch dauern, bis durch Wohnungsneubau größtes Stills dem Wohnungs- und Obdachlosen-Elend einigermaßen abgeholfen sein wird.

Schnee im Mai.

Am gestrigen Mittwoch, nachmittags nach 3 Uhr, setzte ein heftiger Schneefall über Breslau ein, der allerdings nicht lange anhält und unter dem Einfluß der bald darauf scheinenden Sonne natürlich schnell zu Wasser wurde.

Brand in der Straßenbahn-Schmiede.

Ein Feuerwehmann durch die Rede geküßert. Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach Frankfurter Straße 189/195 alarmiert. In der nach der Anstreichung zu gelegenen Schmiede der Straßenbahn-Verwaltung war wahrscheinlich durch Funken von der Elle die Dachkonstruktion in Brand geraten. Um an den Brandherd heranzukommen, mußte das Dach teilweise aufgenommen werden; es gelang dann, das Feuer mit einer Schlauchleitung zu löschen. Um einer Einsturzgefahr des im Dach eingehauenen großen Oberlichtes vorzubeugen, mußten Abstützungsarbeiten vorgenommen werden. Es gelang, das Feuer von den angrenzenden umfangreichen Holzlagern fern zu halten; nach zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrufen. Leider ereignete sich bei den Löscharbeiten ein schwerer Unfall. Ein Feuerwehrmann trat auf die teilweise durchgebrannte Deckenschalung und stürzte aus 6 Meter Höhe auf den Fußboden der Schmiede herab. Der Verunglückte wurde sofort mit dem Krankenwagen nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft; hier wurde eine Schulterverletzung und Gehirnerschütterung festgestellt.

Gegen die Vernachlässigung des Ostens.

Wie gestern bereits kurz mitgeteilt, unternimmt die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion als einen Vorstoß gegen die Vernachlässigung des Ostens durch die Reichsregierung. Der Dringlichkeitsantrag, der von ihr in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird, hat folgenden Wortlaut:

Die Unterzeichneten beantragen die Annahme nachstehender Entschließung und beauftragen den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung, diese baldigst an alle zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Entschließung

„Die Not in Breslau ist riesengroß. Industrie und Handel liegen darnieder. Die Arbeitslosigkeit hat trotz des Einsetzens der Bautätigkeit nur gering nachgelassen. 27.737 unterstützten Erwerbslosen am 9. März stehen 23.449 am 4. Mai 1927 gegenüber. Dieser Zustand ist die Folge der verkehrstechnischen Abschneidung Schlesiens vom übrigen Deutschland, der insolge dessen eingetretenen Erschwerung des Wettbewerbs mit dem Westen, sowie das Fehlen eines Handelsvertrages mit Polen. Während der Beratung des Haushaltsplanes erhält die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung nun die Nachricht, daß die Reichsregierung die Hilfsgelder für den Osten auf ein Minimum herabgesetzt hat. Der bisher vorliegende Haushaltsplan enthält kaum tragbare Erhöhungen der Steuer- und Gehaltslasten auf der einen Seite, stärkste Abdrosselung der gerade hier in Breslau so notwendigen sozialen Ausgaben auf der anderen Seite. Da durch die drohende Vernachlässigung der Provinz Niederschlesien und ihrer Hauptstadt Breslau das Elend hier ins Ungemessene steigen muß, erhebt die Stadtverordneten-Versammlung gegen diese Absicht der Reichsregierung, die einer Preisgabe des Ostens gleichkommt, schärfsten Protest.“

Die Stadtverordnetenversammlung verlangt von der Reichsregierung eine gebührende Rücksichtnahme auf das Elend und die Not in Breslau und Niederschlesien durch eine viel stärkeren finanzielle Unterstützung, als es bisher geschehen ist.“

Dr. D. Newath-Wien

Leiter des Wiener Wirtschaftsmuseums, spricht Montag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses über „Das rote Wien“.

die Erfolge der Arbeiterpolitik im sozialdemokratischen „Moskau“, mit Lichtbildern. Eintritt: Erwachsene 30, Jugendliche 15 Pf.

„Reinopp!“

Was ist Reinopp? Wer mit Komintern, Ekki, Komsol und so weiter vertraut ist, wird sofort erkennen, was Reinopp ist. Es kommt von links her. Die Reinopp hat sich in Hamburg gebildet und sie verleiht an die Adressen ihr bekannter kommunistischer Parteifreunde ein Flugblatt mit folgender Aufschrift:

Genossen!

Ein Notkreuz geht durch die Reihen unserer Partei und keiner kann sich des Eindrucks erwehren, daß wir durch Verrat aufgegeben und vor aller Welt blamiert sind. Was ist aus unserer Partei geworden, seitdem Thälmann, Brandler, Stöcker und Madaffena usw. die Führung in den Händen haben? Die Partei zerfällt, kein Mensch nimmt uns mehr ernst und sinken tut es an allen Ecken und Enden. Man kann keinem Funktionär mehr trauen, weil man nicht weiß, ob er nicht ein bezahlter Spitzel ist. Thälmann gilt heute allgemein als einer, dem man nicht mehr über den Weg trauen kann. Er hält sich die letzte Zeit viel in Hamburg auf, meistens ist er schon geschäft.

Wir haben uns jetzt in der Partei zu einer Reinigungsopposition (Reinopp) zusammengeschlossen und wollen alle und alles beseitigen, was unserer Partei schadet. Drum schicken wir Dir das heilige Flugblatt, damit Du siehst, wie es in Wirklichkeit bei uns ist. Lasse es unter den Genossen, im Betrieb usw. zirkulieren, damit die Genossen aufklärt werden.

Mit kommunistischem Gruß

Reinigungsopposition in der KPD. Wasserlante.

Der Inhalt des Flugblatts ist natürlich dann auch danach. Unter anderem wird auf die Unterjagung von 100.000 Mark Partei- und Genossenschaftsgeldern bei der Verlagsgenossenschaft „Graphische Industrie“ Hamburg verwiesen. Von Thälmann werden die übelsten Dinge berichtet. In Schiffel, München-Gladbach, Düsseldorf, Hagen, Neuh, Hannover, Frankfurt, Berlin-Lichtenberg, Dortmund, Krefeld, Hamburg-Barmbeck, Altona und noch vielen anderen Orten sei er als Parteiführer gebrandmarkt worden. In den meisten Orten sei sein Ausschluß aus der Partei beschlossen worden, was die offizielle Kommunistenpresse aber totschweige.

Damit wissen unsere Leser, was Reinopp ist. Sie wenden sich an alle Ortsgruppen, Zellen und Gewerkschaftsfunktionäre. In der „Arbeiterzeitung“ haben wir noch nichts davon gelesen, weshalb wir den Breslauer Kommunisten davon freundlich Mitteilung machen.

Gautag der schlesischen Arbeiterkennographen.

Am 7. und 8. Mai fand der 13. Gautag der schlesischen Arbeiterkennographen in Roggenau statt, wozu zur jährlichen schlesischen Ortsgruppen ihre Vertreter entsandt hatten. Der eigentlichen Tagung voraus ging am Sonntag eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung. Nachdem die Arbeiterkennographen einige sehr heilsam ausgefallene Vorträge zum Vortrag gebracht hatten, begrüßte der Ortsgruppenleiter die Teilnehmer, worauf Schriftführer W. H. Breslau über: „Der kulturelle Wert der Schrift im allgemeinen und der Kurzschrift im Besonderen“ referierte, und J. W. und J. H. der Arbeiterkennographen darlegte. Weitere Vorträge und Tanz beschloßen den Abend.

Die eigentliche Tagung begann Sonntag früh 8 Uhr mit einem in drei Gruppen gehaltenen Wertungswettbewerb, welchem ein Wertungsseifen folgte. Die Ergebnisse derselben waren durchweg sehr gut, zum Teil hervorragend. Die Gelächter- und Kassenberichte ergaben, daß wohl überall mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekämpft wurde, welche jedoch nirgends hinderten, unbedeutend weiter für unsere Ideale einzutreten. Alle uns entgegengestellten Hindernisse, selbst die Einführung der Reichsstaats-

hatten es nicht vermocht, den alten Stamm zu erschüttern, er konnte sogar neue Triebe aufweisen, indem drei weitere Ortsgruppen in Hundsfeld, Jauer und Girdachsdorf gegründet wurden, denen weitere in Kürze folgen werden. Nach Erledigung aller internen Angelegenheiten konnte der wiedergewählte Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Freudenbesuch für unsere Sache den Gautag beschließen. Ein Ausflug in die waldbreiche Umgebung hielt sämtliche Teilnehmer bis zu ihrer Heimfahrt beisammen.

Nachfröste.

Der Gartenbesitzer und der Landwirt fürchten sich im Mai vor den sogenannten Eisheiligen, weil an diesen Tagen oft die Baumbüten und junge Pflanzen erfrieren. Nun ist aber das Erfrieren der Gewächse ein eigenümlicher und verwickelter Vorgang, bei dem fast stets mehrere Faktoren, Wassermangel und auch mechanische Zerstörungen von Organen, sich der eigentlichen Kälte Wirkung hinzugesellen. Der Botaniker M. O. L. schreibt zum Beispiel: „Bei Temperaturen über Null stellt sich bei manchen unserer empfindlichen Kulturgewächse, namentlich bei jungen Kürbis- und Tabakspflanzen, recht häufig ein plötzliches Verwelken ein, das man in der Praxis gewöhnlich als Erfrieren bezeichnet, obwohl es mit diesem Begriff wenig zu tun hat. Denn es ist nichts anderes als ein übermäßiger Wasserverlust, dadurch verursacht, daß die oberirdischen Teile transpirieren, während bei der nur wenige Grad über Null liegenden Temperatur die Wurzeln dem Boden nicht mehr genügend Wasser entziehen konnten. Wirkliches Erfrieren bei Temperaturen über Null kommt nur bei manchen Kindern der heißen Landstriche vor, die wir in unsere Gärten verpflanzt haben, so zum Beispiel bei den beliebtesten Coleusarten. Sie erfrieren schon bei 1 bis 2 Grad Wärme, auch wenn wir sie noch so gut mit Laub bedecken oder mit Stroh umhüllen. Die Ursache scheint darin zu liegen, daß die chemischen Prozesse in ihrem Protoplasma bei solcher Temperatur nicht mehr stattfinden können. Zu dieser Annahme sind wir in manchen Fällen auch bei unseren einheimischen Gewächsen gelangt, obwohl auch hier meistens der Wassermangel die eigentliche Todesursache ist.“

Für Gartenbesitzer ist es von Interesse zu erfahren, bei welchen Temperaturen sie für ihre Liebhaber zu fürchten haben. Professor Göppert gab nach seinen Erfahrungen im Botanischen Garten in Breslau darüber folgende Angaben: Das empfindlichste unserer exotischen Sommergewächse ist Coleus, der schon bei -1 Grad Celsius sicher erfriert. Bei -1,5 Grad erfrieren Gurken, Kürbisse, Bohnen, bei -2 Grad Conna indica, das Basilikumkraut, Dahlie, die Giftpflanze, bei -2 bis 3 Grad Mais, Hirse, Fuchschwanz, Balsamine, Tomaten, Rizinus, Kapuzinerkresse, Caladium, bei -4 Grad die Tollkirsche Einzelne Pflanzen, die im Schutz von Bäumen stehen, erfrieren erst bei -4 Grad. Der Kohl erträgt noch 15 bis 20 Grad Kälte, die stinkende Nieswurz sogar -24 Grad, jedoch nur vorübergehend.

In den Bäumen leiden die jungen Sprossen oft unter Nachfrösten, während diese den älteren nicht schaden. Das kommt daher, daß je wasserreicher ein Organ ist, desto weniger widerstandsfähig es ist. Ein leichter und schnell vorübergehender Frost schadet der Obstblüte meist nur in geringem Maße, während sie gegen anhaltenden Frost nicht zu schützen ist. Am gefährlichsten ist stets die Zeit um Sonnenaufgang. Hier hilft bei Windstille oder mäßiger Luftbewegung künstliches Einnebeln durch Rauch-erzeugung, das schon oft gute Dienste getan und manche Obstente

Der nächste Renntag in Grünreihe.

Am Sonntag, den 22. Mai, und bringt ein überaus reichhaltiges Programm. Für die Dauerrennen, die über 30 und 60 Kilometer führen, sind der diesjährige Steheweltmeister Viktor Linart hinter Pasquier sen., der Belgier von Russefeld hinter W. Gehlich, der Berliner Emil Lewanow hinter Walter Meichner, der Breslauer Ernst Feja hinter Paul Schmidt, und die beiden derzeit besten deutschen Nachwuchsfahrer Paul Krewer hinter Junggeburt und der Breslauer Max Stupinski hinter Otto Thomas, verpflichtet wurden.

Im Mittelpunkt des Ringerprogrammes steht ein Fünfkampf, den der Franzose Poulain, der belgische Ringermeister Degraeve, der Hannoveraner Fride, und die beiden Breslauer Knappe und Kieger bestreiten. Vervollständigt wird der zweite Renntag durch zwei Amateurrennen.

Parteienossen, Jugendgenossen!

Noch einmal ergeht an euch alle der Ruf, Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, den Lichtbildvortrag der sozialistischen Arbeiterjugend „Das erwachende China“ zu besuchen. Referent Genosse Dr. Friz Lewy. Der Vortrag findet in der Aula des Elisabethgymnasiums statt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Jugendliche erhoben. Sorgt für Massenbesuch.

Unbefugte Vermittlung von Kindern und Jugendlichen ist strafbar.

In der letzten Zeit hat das Jugendamt wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß schulpflichtige Kinder oder schulenklassene Jugendliche durch dazu nicht berechtigte Personen gewerbsmäßig gegen Entgelt in Stellung auf dem Lande vermittelt worden sind. Im allgemeinen haben derartige Vermittlungen wenig oder gar nicht das Wohl des Kindes im Auge, sondern sind nur auf den Gewinn des Vermittlers abgestellt. Im übrigen sind aber derartige Vermittlungen auch strafbar. So hat erst kürzlich das Amtsgericht Breslau in einem Falle einen Strafbefehl erlassen, durch den der betreffende Vermittler mit 20 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis bestraft wurde.

Der neue Kollekt-Projekt.

Als Gesellschafter für den am 23. Mai beginnenden Kollektprojekt unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Raempff wurden einberufen: Geschäftsdirektor Otto Busch-Carlowitz, Frau Rittergutsbesitzer Martha von Koeder, auf Gut Arnoldsbühne bei Herrmannsdorf, Bezirk Breslau, Frau Rittergutsbesitzer Gera von Wallenberg, Bezirk Pöchlitz, auf Gut Siebischau bei Schmalk, Kommandant der Reichswehr Schatzberg, Eisenbahningenieur Gustav Jäger und Maurerpolier Hermann Helmich aus Breslau; ferner als Ergänzungsgesellschafter Frau Sanitätsrat Gisela Wallitzki, Breslau. Bekanntlich ist der Versicherungsagent August Kollat aus Hindenburg des Kaufmannes an dem Händler Josef K. O. G. und dessen Tochter Elfriede beauftragt. Die Schlichtungsverhandlung im Februar dieses Jahres war bereits soweit gediehen, daß sich das Gericht schon aus Beratung zurückgezogen hätte. Ganz überraschenderweise verlagte aber das Gericht die Sache, da sich die Heberführung des Angeklagten lediglich auf Indizien aufbaute und ordnete weitere Beweiserhebung an. Zu der neuerlichen Verhandlung sind mehr als 100 Zeugen geladen und zwar nicht nur die bereits im ersten Prozeß vernommenen, sondern unter anderem auch die Eltern der bestrittenen, die am Mordtag den Zug von Hindenburg nach Reife führten, ferner der Kaufmann Anton Seil, der der Kollat über an Kollekt geschrieben hat, der im Gefängnis abgefangen wurde, und der Vertreter jenes Pöchlitz, der den Prozeß, in dem die Brüder Kollat eine Waise vor der Kammer übernahm haben. Die Himmelfahrt Gera ist nicht mehr ermittelt worden, sie wird aber noch weiter gesucht, denn die Polizei ist der Ansicht, daß sie existiert. Auch über Gera verhandelt werden an der Verhandlung teilnehmen, die zum inneren einer Woche zu Ende geführt werden dürfte. Die Staatsanwaltschaft vertritt, wie im ersten Prozeß, Erster Staatsanwalt Dr. Kollat.

Wohin am Sonntag?

Frühjahr Döhrnfeld—Obernigt.

Immer wieder zieht es uns nach unserem alten liebgewordenen Wandergebiet, nach den Wäldern zwischen Döhrnfeld und Obernigt.

Den Bahnhof verlassen, wenden wir uns nach links und überschreiten nach wenigen Schritten an der Mündung die Bahnlinie. Wir befinden uns auf der Straße nach Kranz. Wir gehen an der neuen Mühle, die links am Wege liegt, vorbei und erreichen nach etwa fünf Minuten einen Weg, der links in den Wald hineinführt.

Postkassenprobleme. In einer Konferenz mit den Behörden, Wirtschaftsprüfern und der Presse sprach am Dienstag Oberpostrat Fielke in Breslau über die aktuellen postwirtschaftlichen Probleme.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Erweiterter Parteivorstand. Die heutige Sitzung (18. Mai) aus weiteren Maßnahmen zur Weisung und Wahlverfahrensfrage.

Freiwerkschaftliches Jugendpartei. Parteivorstand, Donnerstag, 7 Uhr, wichtige Sitzung, auch die Kassenrechnungen haben zu erledigen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Gewerkschaftliche Kurse, Montag ab Montag beginnt im Herlenheim-Straßen eine Gewerkschaftskurs.

Geschäftliches. Arbeiter-Versammlung am 21. Mai. Die Gewerkschaften sind eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen.

Bereinskalender. Steinzeiter, Sektion der Steinzeiter, Freitag, den 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Seifisch, Deinerstraße 8, eine Versammlung statt.

Allgemeiner Preussischer Polizeibeamtenverband. Sonnabend, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, eine öffentliche Versammlung aller Dienstzweige statt.

Schlesischer Mietertag. Der Niederschlesische Mieterverband im Bund Deutscher Mietervereine (Süd Breslau) hielt am 8. Mai seinen achten, überaus gut besetzten Verbandstag ab.

Die Vertreter der Mieterschaft fordern, daß die in der letzten Sitzung mit 45 Prozent der Friedensmiete entlassenen Hausbesitzerbeiträge vom Hauseigentümer voll abgeführt und nur zur Befriedigung der Wohnungsnöte durch Finanzierung eines langfristigen Bauprogramms verwendet werden.

Wöchentliche Wetterberichte des Meteorologischen Observatoriums

Wochentag auch mit Quotenangaben versehen. Ein intensiver Ausbruch kalter Polarluftmassen setzte sich am nächsten Morgen in Bewegung und erreichte am Dienstag nachmittags Schlesien.

Beste Wetternachrichten.

Table with columns: Datum: 12. 5. 27., Temperatur (heut früh, Maximal, Minimal), Wetter, Wind, Niederschlag. Lists weather conditions for various locations like Grünberg, Görlitz, etc.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, gelangt in vollständiger Neuauflage ein früheres Spätstück zur Aufführung. Schauspielhaus. Heute, Donnerstag, und die folgenden Tage gelangt das Volksstück und melodramatische Operette 'Jugend im Mai' zur Aufführung.

Briefkasten.

Allen Lesern muß eine Verabschiedung billigen. Bezeugungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Verfassern, Trägern oder Trägern; die Verabschiedung haben die Vollmacht zu bringen.

Arbeiter-Sport.

Table with columns: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter. Lists football matches for Sunday, May 15th, including teams like SpS, SpS II, etc.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Jugendabteilung.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Jugendabteilung. Heute abend Arbeitsgemeinschaft bei Vinke, Oststraße 8, Turngaststätte. 8 1/2 Uhr spricht über 'Die Geschichte unserer Abteilung'.

Breslauer Produktenergie.

Table with columns: Getreide, Mehl, etc. Lists prices for various agricultural products like wheat, rye, and flour.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit im Reiche.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung zeigt, wie amtlich mitgeteilt wird, auch in der zweiten Aprilhälfte einen weiteren Rückgang und zwar um rund 113 000 = 4,1 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817 000 auf 717 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 167 000 auf 151 000, die Gesamtzahl von 984 000 auf 871 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich im gleichen Zeitraum von 1 120 000 auf 989 000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April beträgt rund 250 000 = 22 Prozent. (1 121 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. April gegenüber 871 000 am 1. Mai 1927.) Ueber die Reisensicherung liegen neuere Zahlen noch nicht vor.

## Beschäftigung bei Notstandsarbeiten in Preußen.

In Preußen sind, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, im ersten Vierteljahr (Januar bis März) des Kalenderjahres 1927 täglich im Durchschnitt 78 000 Notstandsarbeiter beschäftigt worden, und zwar bei Notstandsarbeiten, die nur mit einer Grundförderung aus den Mitteln der unterstehenden Erwerbslosenversicherung gefördert werden, 20 000 Erwerbslose und bei Notstandsarbeiten, die neben der Grundförderung auch eine verstärkte Förderung aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenversicherung erhielten, rund 58 000 Erwerbslose. Von diesen Notstandsarbeitern wurden im Berichtsvierteljahr insgesamt 5 123 143 Erwerbslosentagewerke geleistet. Hier- von entfallen auf:

- a) Meliorationen . . . . . rund 10 %
- b) Straßenbauten . . . . . 42,2 %
- c) Anlage von Sport- und Spielplätzen . . . . . 11,8 %
- d) sonstige Tiefbauten . . . . . 31,3 %
- e) Bauhilfsleistung, Vorbereitung von Sicherungsgelände usw. . . . . 4,7 %

Der Rückgang der Beschäftigungsziffer bei Meliorationen gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1926 (16 %) ist ausschließlich auf die ungünstige Witterung der Wintermonate zurückzuführen.

## Die Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweis-Tagung 1927.

Die von den deutschen Landesarbeitsämtern im Einvernehmen mit der Reichsarbeitsverwaltung veranstaltete Tagung, findet vom 2. bis zum 4. Juni in Dresden statt. Ueber die Berufsberatung im Dienste der Wirtschaft" werden Prof. Dr. A. Fischer, Universität München, und Dr. von den Wagonberg, Berufsamt Köln, über die Arbeitsvermittlung im Dienste der Wirtschaft" Professor Dr. Kessler, Universität Leipzig, und Direktor Dr. Reichmann vom Dresdener öffentlichen Arbeitsnachweis sprechen. Die Berücksichtigung über Arbeitslosenhilfe im Dienste der Wirtschaft" hat Geheimrat Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium übernommen. Auch die sozialpolitischen Vertreter des ADGB. nehmen an der Tagung teil.

## Lohnunterschiede in den Gemeindebetrieben der Provinz Brandenburg.

In den Gemeindebetrieben der Provinz Brandenburg droht ein Streik der Gemeinde- und Staatsarbeiter auszubrechen. Die größeren und mittleren Städte in der Provinz Brandenburg gehören dem Bezirks-Arbeitgeberverband märkischer Gemeinden an, der mit dem Wirtschaftsbund Brandenburg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Tarifverhältnis steht. Der zwischen den beiden Organisationen abgeschlossene Lohnvertrag wurde von den Gemeindearbeitern zum 1. April 1927 gekündigt. In den Verhandlungen hat der Arbeitgeberverband eine Stundenlohnsteigerung von 2 Pf. an. Der Schiedspruch der Bezirks-Schiedsstelle sah eine Erhöhung von 4 Pf. vor, er wurde von den Gemeinden und den Arbeitern abgelehnt. Die Entscheidung des Zentralausschusses brachte noch einen Pfennig weniger als der Schiedspruch, nämlich eine Erhöhung von 3 Pf. ab 1. April und von einem weiteren Pfennig ab 1. Oktober. Der Schiedspruch des Zentralausschusses wurde überall einstimmig von den Arbeitern abgelehnt. Wenn die einzelnen Stadtverwaltungen den Arbeitgeberverband nicht zwingen, auskömmliche Löhne für die Gemeindearbeiter zu zahlen, ist ein Streik in den Gemeindebetrieben der Provinz Brandenburg unvermeidlich.

## Schiedspruch im Leipziger Straßenbahnerkonflikt.

Im Lohnkampf der Leipziger Straßenbahner wurde bei den Dresdener Schlichtungsverhandlungen folgender Schiedspruch gefällt: Dem Fahrpersonal wird eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pfennig, ab 1. Oktober eine solche um weitere 2 Pfennig, zugesprochen. Auch die Funktionszulagen für Führer und Schaffner werden noch um 2 Pfennig pro Stunde erhöht, so daß außer dem Tariflohn die Straßenbahnführer jetzt 10 und die Schaffner 6 Pfennig Funktionszulage erhalten.

Auch für die streikenden Werkstättenarbeiter ist ein Schiedspruch gefällt worden, danach wird für das technische Personal, außer der unverändert gebliebenen Stundenlohnsteigerung von 4 Pfennig, die Leistungs- und Schmutzulage auf 3 Prozent des Grundlohnes erhöht. Die Neuregelung der Bezüge soll rückwirkend ab 1. Mai erfolgen.

## Die zweite Reichskonferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter

In Dortmund nahm unter anderem auch eingehend an den Fragen der Gas-, Fern- und Elektrizitätsversorgung Stellung. Für die Durchführung lokaler Gasversorgung übertrug die Konferenz nach einem Referat des Stadtbaurats Oshorberg-Main: Belieferung der Bevölkerung mit Gas durch die öffentliche Hand in erster Linie durch die Gemeinden, Ablegung jeder Beteiligung privater Kapitalisten, Befreiung aller Kostenleistungen an die öffentlichen Gasanstalten von der Kohlensteuern-Abgabe, Errichtung von kommunalen Gemeinshaftswerken zur Verbesserung und Verbilligung der Gasversorgung und Verteilung, planmäßige Belieferung des gesamten Versorgungsgebietes, um so den weniger ertragsfähigen, dünn besetzten Gebieten den Gasbezug zu ermöglichen. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten ergeben, daß die öffentlichen Betriebe in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privaten Kapitalisten Werken nicht nur vorzuziehen, sondern in der Regel weit überlegen sind. Ein Grund zur Umwandlung von Regiebetrieben in eine andere Rechtsform bestehe also nicht. Die Reichskonferenz spricht daher die Erwartung aus, daß in allen Kommunen von der Arbeiterschaft der Kampf gegen die Verhinderung der Gasversorgung, das gesamte Versorgungsgebiet mit Kohlengas zu versorgen und dadurch die kommunalen Gasanstalten billiger zu betreiben sind.

In Bezug auf die Elektrizitätsversorgung forderte die Konferenz, daß die Versorgung der privatkapitalistischen Anstalten abgelehnt und ausschließlich durch öffentlich-rechtliche Anstalten zu erfolgen. Die weitere Entwicklung in der Elektrizitätsversorgung habe die wirtschaftliche und technische Überlegenheit einer kommunalen Erzeugung durch Kohle, Braunkohle und Wasserkraft erwiesen. Deswegen habe die Versorgung durch öffentliche oder große Wirtschaftsbetriebe hinreichend zu erfolgen. Die Konferenz verlangt bei der Abgabe der Beschlüsse die Unterstützung der Elektrizitätswirtschaft bringen den baldigen Erfolg der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft. Ueber diesen Beschlüssen sollen die Reichs-, Provinz-, Kreis- und Gemeindever-

Die Unfallkoffer der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter ist in den letzten Jahren erschreckend in die Höhe gegangen. 1923 verunglückten in den GEW-Werken 4759 Personen, die Zahl stieg in den Betrieben der GEW-Werke 4759 Personen, die Zahl stieg im Jahre 1925 auf 6568. Im Jahre 1925 wurden 978 Betriebe revidiert; davon waren nur 300 in Ordnung. Ganze 72 Reichspennige wurden im Jahre 1925 pro Betrieb für Betriebsüberwachung ausgegeben. In Bezug auf die Verbesserung der Unfallbekämpfung forderte die Reichskonferenz nach einem Vortrag von Welter-Berlin, kräftigere Mitwirkung der Betriebsräte, die dahin ergänzt werden müsse, daß bei Verletzung der Vorschriften die Betriebsräte selbst eingreifen und bestehende Mängel abstellen können. Im Anknüpfung daran fordert die Konferenz, Ausweitung des Entlassungsschutzes für Arbeitnehmer verletzungsloser oder Obmann-Betriebe, ferner die Bestimmung, daß unter Stilllegung im Sinne des § 96 Ziffer 2 des BKG nur eine gänzliche oder dauernde Stilllegung zu verstehen ist. Die Konferenz protestiert ferner gegen den Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz, vor allem dagegen, daß unter Ausschaltung des Tarifrechts die Arbeitszeitbestimmungen für die Beamten durch Verordnung der Behörden auf die Arbeiter der öffentlichen Betriebe übertragen werden können und die Gewerbeaufsicht durch die Aufsicht der vorgelegten Behörde ersetzt werden soll.

Von den Beamten und Angestellten fordert die Konferenz im Anschluß an ein Referat von O. Lopp-Berlin über „Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer in den GEW-Werken“ den Beitritt zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverein, da nur durch eine organisierte Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter eine wirksame Interessenvertretung geschaffen werden könne. Für den Fall eines Streiks erklärt sich die Konferenz nach scharfem Protest gegen die Erhaltung der Technischen Notdienste durch Gelder der Reichsregierung bereit, die Notstandsarbeiten durch freie Vereinbarung auf Grund der Verbandsätze und Gewerkschaftskongresse zu regeln. Am Schluß der Konferenz wurde noch die Gründung einer eigenen Sektion der GEW-Arbeiter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschlossen.

## Was die faschistischen Gewerkschaften einen „Erfolg“ nennen.

Die Lohnverhältnisse in der Mailänder Metallindustrie sind derart, daß sogar der regierungsoffizielle „Popolo d'Italia“ — nach dessen Theile der Klassenkampf bekanntlich übermunden ist — vor einiger Zeit mitteilte, die Erregung der Metallarbeiter wegen der niedrigen Löhne habe einen bedenklichen

# Wirtschaft.

## Die unmögliche Forderung nach Bilanzwahrheit.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Gewinn- und Verlustrechnungen der deutschen Erwerbsgesellschaften gerade für das Jahr 1926 dem Publikum blauen Dunst vormachen. Die angegebenen Gewinne entsprechen den tatsächlichen Gewinnen nicht. Diese treten in den Gewinn- und Verlustrechnungen nicht voll in Erscheinung und werden dazu benutzt, stille Reserven zu bilden. Dem Unternehmer wird es so leichter, bei Preissteigerungen und Lohnverhandlungen einen behaupteten „Notstand“ glaubhaft zu machen.

Eine Illustration zu dem Gesagten bot am Dienstag die Generalversammlung der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, kurz Gesürel genannt. In der Generalversammlung hatte sich unter Führung des Bankhauses Gumpel, Hannover, eine Opposition aufgetan, die die Frage stellte, „wie hoch die unter den Effekten in der Bilanz mit 43,7 Millionen Mark aufgeführten Posten sich heute stellen würden“. Man behauptete, daß hier ganz erhebliche stille Reserven gebildet wurden, die vor allen Dingen viel zu hoch von der Verwaltung bemessen worden sind. Das heißt: Die Gesürel hat im Jahre 1926 so gut abgeschnitten, daß die für die Bildung stiller Reserven verwandten Gewinne das normale Maß überschreiten.

Selbstverständlich wurde auf die Anfrage keine Antwort erteilt und der Antrag der Opposition nach voller Bilanzwahrheit mit großer Majorität abgelehnt. Immerhin ist der Vorfall in der Gesürel für unsere Gewinn- und Verlustrechnungen äußerst bezeichnend.

## Erhöhung der Kohlenpreise.

Essen, 11. Mai. (Eigener Fundbericht.) Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat beschloß am Dienstag, trotz der glänzenden finanziellen Lage des Ruhrkohlenbergbaues ab 1. Juli für sämtliche Steinkohlsorten mit Ausnahme von Koks und Brekett eine Erhöhung von 7 1/2 Prozent vorzunehmen. Dieser Beschluß wird in geradezu kaum glaublicher Weise mit den angeblich durch Lohnsteigerungen und den neuen Arbeitszeitbestimmungen eingetretene neuen Belastungen begründet.

Es muß unbedingt gefordert werden, daß die übergeordneten Organe, der Reichslohnrat und das Reichswirtschaftsministerium, der Preissteigerung ihre Zustimmung verweigern.

## Die Arbeitsmarktlage in Niederschlesien befert sich weiter.

Auch in der Berichtswochen vom 28. April bis 6. Mai 1927 setzte sich die Besserung der Arbeitsmarktlage in der Provinz Niederschlesien fort. Die Zahl der Arbeitssuchenden sank von 96 619 auf 80 121, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich der aus der Reisensicherung Unterstützten von 55 919 auf 32 491. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen betrug 5471 (in der Vorwoche 5710). In der Stadt Breslau sank die Zahl der Arbeitssuchenden von 33 534 auf 37 268, die der Unterstutzungsempfänger (Erwerbslosenversicherung) und Reisensicherung von 24 147 auf 23 442.

In Barzbar wurden am 5. Mai in der Provinz Niederschlesien 110 000 Arbeitssuchende gezählt.

In der Landwirtschaft haben sich nach wie vor die harte angelegte Nachfrage nach jüngeren Burschen und Mädchen — namentlich nach solchen, die weilen können — weiter fort.

In der Forstwirtschaft kam es im Wobslauer Bezirk zur Entlassung von Holzschlägern. Dagegen konnten im Laubaner Bezirk eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte zu Kulturarbeiten in der Forstwirtschaft vermittelt werden.

Im Bergbau hatte das niederschlesische Steinkohlenrevier namentlich im Landeshuter Bezirk, größeren Bedarf an Schicht- und Häueren.

In der Industrie der Steine und Erden sind größere Entlassungen von Steinbrüchern im Wobslauer Bezirk in Aussicht gestellt. Im Bezirk Görlitz-Land kamen wieder eine Anzahl Glasarbeiter zur Entlassung. Dagegen werden die Glasfabriken im Rothenburger Bezirk weitere Arbeitskräfte an. Auch die Ziegelindustrie nahm eine Anzahl Arbeitskräfte, darunter auch weibliche, auf.

In der Metallindustrie mocht sich eine weitere geringe Besserung der Arbeitsmarktlage bemerkbar. Der Rothenburger Bezirk war einsamförmig für Fachkräfte, ebenso ging die Zahl der erwerbslosen Facharbeiter in Verbau zurück. Auch in Hainich nahm die hiesige Metallindustrie eine Anzahl Fachkräfte auf. In Görlitz wurden Schloffer, Dreher, sowie Maschinenarbeiter vermittelt. Ebenso bestand in Liegnitz Nachfrage nach tüchtigen Dreher, Formern und Spezialmaschinenarbeitern. Auch der Hirschberger Bezirk hatte Bedarf an qualifizierte Fachkräften, die Hirschbühner, Gubler und Dreher. In Breslau wurden ebenfalls Fachkräfte angefordert und vermittelt.

In Spinnstoffgewerbe ist die Arbeitsmarktlage weiterhin günstig.

Grad erreicht. Die Instanzen der faschistischen Korporationen haben sich dann auch bemüht, in voller Klassenharmonie eine Verbesserung der Wohnverhältnisse zu erreichen. Was bei dieser Art Arbeitervertretung herauskommt, zeigt das Sitzungsprotokoll bezüglich der Abschlußverhandlung der Firma Breda, in dem es wörtlich heißt:

„Es haben sich in der Präfektur zur Diskussion der Streitfragen in der Firma Breda zusammengefunden die Herren: Major Jarach für den Industriellen-Verband, Commendatore Viverani und Rechtsanwalt Balf, Sagramoso und Salamini für die Firma, und die Herren: Commendatore Giacomelli und Atti für die Korporation, sowie die Arbeiter (!) Marini, Diani und Resti. Da die Firma sich bereit erklärte, die Reklamationen der Korporation zu prüfen (prendors in esame) wurde vollständige Uebereinstimmung erzielt.“

Besser kann man die Befähigung der Klassen unter der faschistischen Herrschaft wirklich nicht beweisen.

## Eine Erhebung über die Arbeitszeit in der Industrie Kanadas.

Das amtliche Organ des kanadischen Arbeitsministeriums veröffentlicht die Ergebnisse einer Erhebung über die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben, die anlässlich der Betriebszählung von 1924 veranstaltet wurde. Die Zählung hat 40 000 Betriebe mit 501 724 Arbeitern erfasst. Davon hatten 33,5 Prozent eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden und weniger, 35,5 Prozent eine Arbeitszeit von neun Stunden, 26,9 Prozent eine solche von zehn Stunden und nur 4,5 Prozent arbeiteten über zehn Stunden täglich.

## Erhebung über die Arbeitszeit in Argentinien.

Der mit der Auffassung des Arbeitsgesetzbuchs beauftragte Ausschuss hat den verschiedenen Landes- und Bezirksbehörden einen Fragebogen zur Ermittlung der Arbeitszeit überreicht, in dem folgende Fragen enthalten sind: Tägliche Arbeitszeit; Angabe der Handels- oder Gewerbebetriebe und der Personalgruppen, auf die die Befragung der Arbeitszeit Anwendung findet; Sonderfälle und Ausnahmen; Ausgleichsferien; Ueberstunden; vorbereitende und fertigstellende Arbeiten im Schichtensystem; Möglichkeiten der Veränderung des Gesetzes durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern; englische Woche; Ruhezeiten; Ferien; Frauen- und Kinderarbeit; Heimarbeit; Nachtarbeit; Lage des Betriebspersonals; Ueberwachung und Strafbestimmungen.

In der Tabakindustrie wurden eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte im Liegnitzer Bezirk entlassen. Dagegen stellte in Breslau eine größere Zigarettenfabrik 50 Arbeiterinnen zur vorübergehenden Beschäftigung ein.

Im Bekleidungs- und Schneidgewerbe des Görlitzer Bezirkes wurden Schneider und Schneiderinnen für Maßschneiderei und Konfektion verlangt. In Breslau stieg die Damenkonfektion und die Damenmaßschneiderei eine Anzahl Näherinnen ab. Dagegen forderte die Herrenkonfektion Näherinnen an. Ebenfalls wurden hier erste Maschinennäherinnen gesucht. In der Breslauer Schuhindustrie fehlt es an gelübten weiblichen Fachkräften. Der Bedarf konnte nur teilweise gedeckt werden.

Im Baugewerbe hielt die Besserung der Arbeitsmarktlage weiter an. Namentlich Maurer und Maler wurden angefordert. In einzelnen Bezirken bestand bereits fühlbarer Mangel an Maurern, der jedoch bis jetzt im zwischenörtlichen Ausgleichsverkehr gedeckt werden konnte. Zimmerer wurden weniger verlangt.

Im Vertriebsgewerbe ist die Arbeitsmarktlage weiterhin für Schriftleger und Buchdruckmaschinenmeister günstig. Für Steinbrücker bestehen dagegen schlechte Unterbringungsmöglichkeiten.

Im Gastwirts- und Metzgergewerbe war in Görlitz die Nachfrage zufriedenstellend.

Im Verkehrsgewerbe forderte die Reichsbahn verschiedene Streckenarbeiter an. Dagegen sind Oberstrombauarbeiter infolge des Hochwassers noch beschäftigungslos. In Breslau konnten eine Anzahl Ausheifer zur Reichspost vermittelt werden. Auch die Breslauer Straßenbahn forderte eine Anzahl Aushilfsfahrer an.

Für ungelernete Arbeitskräfte boten sich infolge der günstigeren Witterung bessere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Tüchtige Hausangestellte blieben weiterhin gesucht. Ungeübte Kräfte waren schwer unterzubringen.

## Noch keine Diskonterhöhung?

Zu einer gestrigen Besprechung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit Vertretern der Berliner Bankwelt schreiben „Tägliche Rundschau“ und „Vossische Zeitung“, daß die Reichsbank eine Heraushebung des Diskonts gegenwärtig nicht beabsichtigt. Die vielfach erwartete Erhebung des Zentralausschusses der Reichsbank für den heutigen Donnerstag ist nach dem erstgenannten Blatt bis zur Stunde nicht erfolgt. Es sei möglich, daß man erst die heute in London fällige Entscheidung über Reichsbank und Ermäßigung der dortigen Diskontsätze abwarten wolle. Wie es in der „Vossischen Zeitung“ heißt, sind in der Diskussion die verschiedensten Gesichtspunkte, so namentlich auch eine möglicherweise allgemein durchzuführende Reportageeinschränkung um 20 bis 25 Prozent, durchberaten worden. Das genannte Blatt kündigt für heute eine neue interne Beratung der Banken an.

## Sanierung der Himmelsbach A.-G.

Am Sonnabend trat in Freiburg die Gläubigerversammlung der Himmelsbach A.-G. zusammen, die sich mit der geplanten Stilllegung der Himmelsbachischen Werke, von der über dreitausend Arbeiter und Beamte betroffen werden, beschäftigt. Nach der Feststellung, daß bei der Firma große Aufträge bei gewinnbringenden Preisen vorliegen, für die leider das Betriebskapital fehlt, wurde eine Gesellschaft für Holzhandel G. m. b. H. gegründet. Diese Gesellschaft, soll mit Hilfe von Banken, die durch Aktien aus dem Himmelsbachischen Werk gesichert werden, den Holzverkauf für die Himmelsbach A.-G. vornehmen. Auf diese Weise dürfte die verfallene völlige Stilllegung wohl verhindert und, soweit sie bereits durchgeführt ist, wieder rückgängig gemacht werden.

## Was in der Papierindustrie verdient wird.

Einen außergewöhnlich guten Abschluß weist der bekannte Papierkonzern Zellstoff Waldhof in Mannheim auf, der sich, wie es heißt, mit den Elberfelder Glasstofffabriken in nächster Zeit fusionieren wird. Der Reingewinn steigerte sich von 4,84 Millionen auf 6,26 Millionen, die Dividende von 10 auf 12 Prozent und die zur Dividendenzahlung benutzte Summe von 2,19 Millionen Mark auf 3,3 Millionen Mark.

Bekannt ist von dem Konzern, daß er stark rationalisiert hat. Er selbst behauptet zwar in seinem Geschäftsbericht, daß es dem Unternehmen gelungen wäre, die Gesamtproduktionsleistung zu steigern und Fortschritte in der rationalen Arbeitsweise zu erzielen, wenn die Steuerpolitik des Reiches und der Länder der Industrie eine Unterstützung in diesem Kampf gewährt hätten. Daß der Konzern aber trotz der Steuern mit Erfolg rationalisiert hat, beweist wohl am besten die Bilanz.

## Der Saatenstand in Preußen.

Das preussische statistische Landesamt gibt über den Saatenstand in Preußen für den Anfang Mai (wobei 2 gut und 3 mittel bedeuten) folgende Uebersicht: Weizen 2,6 (gegenüber 2,5 Anfang April 1927 und 2,8 Anfang Mai 1926), Roggen 2,9 (2,7 bzw. 3), Gerste 2,7 (2,6 bzw. 2,8), Gemenge 2,8 (2,7 bzw. 3,1). Der Stand der Saaten hat sich gegen April ein wenig verschlechtert, jedoch hält er einen Vergleich mit 1926, bekanntlich einem Rekordernie-